Annener Zeitung

Die „Annener Zeitung" erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag. Anzeigegebühr für die einspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 25 Pfg.
Reklamezeile 70 Pfg.
Bezugspreis monatlich 1.50 Mk.

Geschäftsstelle: Bahnhofstraße 23. Telephon-Nr. 334.

verbunden mit der **„Annener Volkszeitung".**

Anzeigeblatt für Annen und die benachbarten 14 Ortschaften.

Organ des Amtes Annen u. Landkreises Hörde.

Inserate finden bei der großen Auflage der „Annener Zeitung" weite und billige Verbreitung. — Bei gerichtlicher Beitreibung oder bei Konkursen kommt jeder Annoncenrabatt in Wegfall.

Für die Aufnahme der Anzeigen an vorgeschriebenen Plätzen übernehmen wir keine Gerantwortung.

Redaktion, Druck und Verlag von Fritz Küching, Annen.

Nr. 9 | **Donnerstag, den 22. Januar 1920** | **36 Jahrgang**

Die Auslieferungsfrage.

Der Druck auf Holland.

Der Generalsekretär der Friedenskonferenz übergab am 16. Januar dem Pariser Gesandten der Niederlande ein von Clemenceau unterzeichnetes Schreiben, in dem es u. a. heißt: Mit vorliegendem Schreiben an die Königlich Niederländische Regierung ratifizieren die Mächte den Text des Artikels 227 des laut beiliegender beglaubigter Kopie am 10. Januar in Kraft getretenen Friedensvertrages mit Deutschland. Sie teilen gleichzeitig mit, daß sie beschlossen haben, die Verfügungen dieses Artikels unverzüglich durchzuführen. Infolgedessen richten die Mächte an die Regierung der Niederlande das offizielle Ersuchen, ihnen den ehemaligen deutschen Kaiser Wilhelm von Hohenzollern zur Aburteilung auszuliefern. Die Mächte erinnern kurz an die durch so viele Verbrechen erfolgten Verletzungen der Neutralität Belgiens und Luxemburgs, an das barbarische unerbittliche System der Massendeportationen von Geiseln, die Entfernung junger Mädchen aus Lille, die ihren Familien entrissen und schutzlos einem schlimmen Zusammenleben beider Geschlechter überliefert wurden, an die systematische Verwüstung ausgedehnter Gebiete ohne militärische Notwendigkeit, die Durchführung des uneingeschränkten U-Bootskrieges, an das unmenschliche Verlassen der Opfer desselben auf hoher See, an das Verfahren gegen Nichtkämpfer, welche von den deutschen Behörden als gegen die Kriegsgesetze verstoßen anerkannt wurden. Für alle diese Taten reicht wenigstens die moralische Verantwortlichkeit bis zum obersten Führer hinauf, der dieselben ermöglichte, oder seine Befugnisse mißbrauchte, um die heiligsten Empfindungen des menschlichen Gewissens zu verletzen oder verletzen zu lassen. Indem die Mächte dieses Ersuchen an die Niederländische Regierung richten, glauben sie, den besonderen Charakter des erwähnten Verfahrens hervorheben zu müssen. Sie haben die Pflicht, die Ausführung des Artikels 227 sicherzustellen, ohne sich dabei durch Argumente aufhalten zu lassen, weil es sich nicht nur um eine persönliche Anklage von gewöhnlichem juristischem Charakter, sondern auch um eine internationale Aktion handelt, welche durch das Volksgewissen gebieterisch gefordert wird. Die vorgesehenen Rechtsnormen bieten eine größere Garantie, als das bisher geltende Recht. Die holländische Regierung ist in hohem Maße daran interessiert, nicht den Anschein zu erwecken, als ob sie den Haupturheber beschütze, indem sie ihm Zuflucht auf ihrem Gebiet gewährte, sondern den Anschein, daß sie das Gericht, das von Millionen von Stimmen der Opfer verlangt wird, erleichtert.

* * *

Hinter der diplomatischen Aufforderung dieser Note blickt bereits die Drohung hervor. Für den Fall, daß Holland sich nicht willfährig zeigt, wird ihm von vornherein der Vorwurf gemacht, es schütze der „Urheber der Katastrophe", scheine also selber in die „Schuld" verstrickt zu sein. Wir haben — trotz leichtfertiger gegenteiliger Voraussagen — nicht den geringsten Anlaß zu der Auffassung, als ob die Entente es bei einem bloßen Versuch, der Person Kaiser Wilhelms habhaft zu werden, bewenden zu lassen gedenkt; insbesondere von der englischen Politik, die darin aufs Haar der alten römischen gleicht, ist ein Verzicht nicht mehr zu erwarten, nachdem so zähe Propaganda für den Gedanken des Kaiserprozesses gemacht worden ist. Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, wird die Welt diesen Prozeß erleben — und das zertretene Deutschland — der Ebert, Scheidemann u. Erzberger muß ihn dulden.

Dauernde Internierung des Kaisers.

„Daily Chronicle" erfährt von diplomatischer Seite, daß es für sicher gelte, daß Holland die Auslieferung ablehnen werde. Das Blatt fügt hinzu: Es steht nicht fest, ob Holland diesen Standpunkt dauernd einnehmen kann. Auf jeden Fall werden Unterhandlungen stattfinden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß man zur Lösung der Schwierigkeiten und zur Vermeidung gespannter Beziehungen zwischen den Alliierten und Holland ein Abkommen treffen wird, nach dem der Kaiser interniert wird und zwar unter Bedingungen, die den Alliierten die Bürgschaft geben, daß seine Bewegungsfreiheit wesentlich beschränkt wird.

*

Der Reichskanzler zur Auslieferungsfrage.

Wie die „Vossische Zeitung" aus Rotterdam meldet, hat Reichskanzler Bauer in einer Unterredung mit dem Vertreter der „United Preß" geäußert, das deutsche Volk wolle die Urheber der Kriegsverbrechen zur Strafe ziehen, es weigere sich aber gegen die Auslieferung an Gerichte, die aus früheren Feinden zusammengesetzt sind. Die deutsche Regierung werde nach Empfang der Listen der Auszuliefernden allen in der Liste Aufgeführten mitteilen, daß ihre Auslieferung verlangt wird. Sie würden Gelegenheit haben, sich den ausländischen Gerichten freiwillig zu stellen. Auf eine Zwischenfrage sagte, wie die „Vossische Zeitung" weiter berichtet, der Reichskanzler, es könnte ein Bürgerkrieg entstehen, wenn einige Angeklagte gewaltsam ausgeliefert werden müßten. Er sei überzeugt, daß durch ein Abkommen über die Einsetzung unabhängiger Gerichtshöfe die deutsche Oeffentlichkeit beruhigt werden könne.

* * *

Prozeß des Kaisers gegen Ferdinand Bonn.

In dem Prozeß, den der ehemalige Kaiser gegen den Autor und Hauptdarsteller des Kaiserfilms, Ferdinand Bonn, angestrengt hat, ist der 14. Febr. als Verhandlungstermin angesetzt worden. Der Exkaiser wird von dem Berliner Rechtsanwalt Dr. Alsberg vertreten werden.

Reichsparteitag der Zentrumspartei.

Seit Montag tagt im Reichstagsgebäude der Reichsparteitag der Zentrumspartei, der erste Parteitag des Zentrums überhaupt. Nach einem Begrüßungsabend am Sonntag begann am Montag der Parteitag. Präsident des Parteitages wurde der Präsident der Nationalversammlung Fehrenbach, Vizepräsidenten Abg. Porsch, Fürst Löwenstein, Redakteur Elkens. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung Trimborn hielt ein sehr umfangreiches Referat über die allgemeine politische Lage. Er setzte auseinander, warum sich das Zentrum trotz seiner Verurteilung der Revolution doch auf den Boden der Tatsachen gestellt habe und referierte über die Politik des Zentrums seit der Revolution. Nach dem Referat folgte eine lebhafte Diskussion. Verschiedene Redner verurteilte die plötzliche Schwenkung der Partei nach links. Trimborn hatte sich für den dezentralisierten Einheitsstaat ausgesprochen, viele Diskussionsredner, besonders aus Süddeutschland waren hiermit nicht einverstanden. Erzberger, der dann das Wort ergriff, trat voll für den Einheitsstaat ein. Am Dienstag hielt Abg. Herold ein längeres Referat über Wirtschaftspolitik. Nach ihm sprach Minister Stegerwald ausführlich über soziale Politik. Abg. Ehrhard referierte über das Betriebsrätegesetz.

* * *

Loslösung der Bayerischen Volkspartei vom Zentrum.

Der aus allen Teilen Bayerns stark besuchte Parteitag der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) hat in München mit überwältigender Mehrheit nach einem Antrage Dr. Heims die sofortige Lösung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichszentrum, also den Austritt aus der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung, beschlossen, und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, daß Erzbergers Stuttgarter Rede mit der Forderung des Einheitsstaates dem Fasse den Boden ausgeschlagen habe. Das Zentrum der Nationalversammlung verliert mit dieser Bayernsezession 18 Sitze und wird daher schwächer als die Deutsch-Demokraten. Dr. Heim ist, wie bekannt, schon auf die Weimarer Akte hin aus der Fraktion des Reichstages ausgetreten. Der Einheitsstaat wurde einstimmig abgelehnt, und mit großer Mehrheit wurde weiterhin beschlossen, den Parteitag des Zentrums nicht zu beschicken.

Neue Zugeständnisse an die Bergarbeiter.

Essen, 21. Januar. Die Essener Arbeiter-Zeitung berichtet über Verhandlungen zwischen den Bergarbeiterverbänden und dem Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsminister über die Forderungen der Bergarbeiterverbände. Die Regierung habe sich im Verlauf der Verhandlungen zu folgenden Zugeständnissen bereit erklärt: Die Siebenstundenschicht bleibt weiter bestehen, jedoch werden für diese sieben Stunden 7½ Stunden bezahlt. Der Grundlohn soll ungefähr in dem Maße gesteigert werden, wie sich der Lohn der Eisenbahner durch den letzten Tarifvertrag gesteigert hat, also für Hauer 8—10 ℳ, dazu soll die Erhöhung der Kinderzulage und die Vergütung für die eine halbe Stunde infolge des Weiterverfahrens der Siebenstundenschicht treten, sodaß ein Hauerdurchschnittslohn von etwa vierzig Mark herauskommt. Gefordert hatten die Verbände u. a. eine Erhöhung des Hauergrundlohnes von 14 auf 30 Mark, so daß der Gedingelohn auf 44—50 ℳ gestiegen wäre. Die Regierung erklärte jedoch, daß diese Forderungen eine Erhöhung des Kohlenpreises von ungefähr 45 ℳ für die Tonne erfordern würden, was eine ungeheure Geldentwertung und Lohnkämpfe in allen Industriezweigen zur Folge hätte.

* * *

Gegen die Sechsstunden-Schicht.

Der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft hat zu der Frage der Einführung des Sechsstundentages nach den Beschlüssen der mit der Abfassung beauftragten Kommission eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß er sich angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Notlage, die insbesondere durch die Minderförderung von Kohlen herbeigeführt sei, sich nicht für eine weitere Verkürzung der Schichtdauer auf sechs Stunden für die Betriebe aussprechen könne. Die durch Schichtverkürzung eintretenden Folgen wären so schwerwiegender Natur, daß sie den tatsächlichen Zusammenbruch bedeuten würden. Eine solche Frage sei nach Meinung des Zentralvorstandes nur auf dem Wege internationaler Verständigung zu lösen. Er halte sich daher für verpflichtet, der Befürchtung Ausdruck zu verleihen, daß, wenn nicht durch ein weiteres Erhöhen der Kohlenförderung Möglichkeiten zu umfassenderen Arbeiten der Industrie gegeben würden, die geradezu unerträglichen Friedensbedingungen zum Ruin unserer gesamten Wirtschaft führen werden.

Der verschärfte Belagerungszustand über Hamborn.

Hamborn, 21. Januar. Der militärische Oberbefehlshaber von Hamborn hat die bisherige Sicherheitswehr (Hilfspolizei) aufgelöst, ihre sofortige Entwaffnung u. die Festnahme ihres Führers, des Hilfskommissars Weand, angeordnet, weil die Hilfspolizei sich bei dem Aufruhr in Hamborn am 12. Januar nicht nur völlig untätig verhalten hat, sondern weil sich auch einzelne Mitglieder der Hilfspolizei an der Plünderung als Anführer beteiligt haben. Der Hilfskommissar ist dem Kriegsgericht Wesel vorgeführt worden. Ueber Hamborn ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden.

Treuekundgebung der Schleswig-Holsteiner.

Vom Abstimmungsausschuß waren Freitag in den vier größten Lokalen Flensburgs Versammlungen anberaumt, aber schon eine Stunde vorher waren die Säle überfüllt. In jeder Versammlung sollten vier Redner sprechen. Alle diejenigen, die nicht mehr in die Säle hineinkonnten, begaben sich nach dem Südermarkt, wo eine Versammlung unter freiem Hammel abgehalten wurde. In diesen sprachen der Beigeordnete Adler, der Abg. Dr. Blunck, Holst-Kiel, Vorwärtsredakteur Kuttner und Geheimrat Sellin. Am Schluß wurde eine Entschließung angenommen, die lautet:

„Die am 16. Januar 1920 in Flensburg überaus zahlreich versammelten schleswig-holsteinischen Männer und Frauen beschließen: In der letzten Stunde der Entscheidung über Nord-Schleswigs Schicksal erneuern wir unserm deutschen Volk und Vaterland das Gelöbnis unwandelbarer Treue. Nichts soll uns darin wankend machen. Wir wenden uns voll Verachtung von jenen, die bereit sind, um schnöden Gewinn die Heimat zu verraten. Deutsch sind wir und deutsch wollen wir bleiben. Das Unglück, das über unser Vaterland hereingebrochen ist, soll uns nur noch inniger mit ihm verbinden. Gemeinsam wollen wir mit unsern deutschen Volksgenossen arbeiten an Deutschlands Aufstieg."

An die Versammlung schloß sich ein nach Tausenden zählender Umzug durch die Stadt unter dem Klange des schleswigholsteinischen Liedes. Es war die größte deutsche Kundgebung, die jemals in Flensburg stattgefunden hat.

Die Abstimmung in Nordschleswig.

Das Reglement für die Abstimmung in den Zonen Nordschleswigs wurde Freitag von den Blättern des Abstimmungsgebietes in deutscher und dänischer Sprache veröffentlicht. Danach findet die Abstimmung in der ersten Zone am 10. Februar statt. Für die zweite Zone wird der Termin erst später bekannt gegeben werden.

Flensburg, 16. Januar. Die internationale Kommission in Kopenhagen gibt bekannt, daß infolge eines Abkommens zwischen dem Obersten Rat in Paris und der deutschen Delegation die Räumungsfrist Nordschleswigs um 8 Tage verlängert wurde. Infolgedessen trifft die internationale Kommission erst am 26. in Flensburg ein. Der Abstimmungstermin für die erste Zone bleibt unverändert bestehen.

In dänischem Solde.

Nach Mitteilungen aus Flensburg ist dort festgestellt worden, daß der Führer der Unabhängigen, Mittelstädt, dänische Propaganda betreibt u. dabei mit dänischen Geldern arbeitet. Er hat an die Arbeitslosen dänische Liebesgaben verteilt und auch bei der Eisenbahnerbewegung seine Hand im Spiele gehabt.

Abschied vom Saarland.

Die Saarzeitungen widmen der Trennung des Saargebiets vom deutschen Mutterlande Abschieds- und Trauerrufe. In den Artikeln, welche natürlich unter strenger Zensur stehen, wird hervorgehoben, daß die Saarbevölkerung hoffe, daß der Völkerbund das halte, was er versprochen habe, das Recht und das Wohl des Volkes an der Saar zu garantieren. Die Blätter bemerken, das Saarland werde dem Mutterlande stets eingedenk sein, bis zur Entscheidung in 15 Jahren.

Abschied von Bromberg.

Samstag abend versammelten sich die Deutschen auf Einladung der „Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen" in sämtlichen Festsälen der Schulen in Bromberg, um Abschied vom deutschen Vaterlande zu nehmen. Die Führer ermahnten die Versammelten, das Deutschtum auch unter den Polen festzuhalten. Mit dem Gesang: „Befiehl du deine Wege" gingen die Deutschen auseinander.

Am Dienstag vereinigten sich auf Einladung des Regierungspräsidenten v. Bülow Vertreter der gesamten Beamten- und Lehrerschaft der Provinz Posen zu einer imposanten Abschiedsfeier.

* *

Das östliche Gebiet geräumt.

Breslau, 21. Jan. Das Generalkommando des 6. Armeekorps teilt mit: Die dritte Zone des an Polen abzutretenden Gebietes wurde am 19. Januar ohne Zwischenfall geräumt. Die militärische Räumung ist damit beendet. Unsere Truppen stehen seit 12 Uhr westlich der vorläufigen Grenzlinie.

Polnische Greueltaten bei der Besetzung.

In Allenstein treffen zahlreiche Zivilisten aus Soldau, Neidenburg und Neustadt ein, die vor den polnischen Besatzungstruppen flüchten. Sie berichten von unglaublichen Greueltaten, die die Polen verüben und erzählen, daß große Teile der deutschen Bevölkerung rücksichtslos vertrieben werden. Auch deutsches Militär trifft ein, dem die Polen sämtliche Ausrüstungsgegenstände mit Gewalt abgenommen haben.

Nationalversammlung.

Sitzung vom 18. Januar.

Das Betriebsrätegesetz endgültig beschlossen.

Am Sonntag fand die dritte Lesung des Betriebsrätegesetzes in der Nationalversammlung statt. Bis Montag früh mußte es erledigt sein, so wollte es die Mehrheit, und wenn die Unabhängigen noch so obstruieren, es half ihnen nichts. Sie versuchten es redlich. Stundenlange Reden hielten sie, um die Abstimmung aufzuhalten. Die Rechtsparteien begnügten sich dagegen damit, in kürzeren Erklärungen ihren ablehnenden Standpunkt darzulegen. Das gleiche taten die Mehrheitsparteien, die natürlich für das Gesetz eintraten. Hierbei verspottete der Abg. Osterroth (Soz.) die Unabhängigen und insbesondere Frau Zietz mit derbem Mutterwitz, die sich darüber mächtig ärgerte und kräftig gegenschimpfte. Den Witzen des Abg. Osterroth gegenüber zog sie aber den Kürzeren, während das Haus vom Lachen widerhallte; Frau Zietz erklärte zum Schluß der Debatte: Herr Osterroth hat das Haus zum Zirkus gemacht und ist dabei als Clown aufgetreten. „Und Sie als komische Alte!" wurde ihr darauf geantwortet. In der Gesamtabstimmung wurde darauf das Gesetz in namentlicher Abstimmung mit 213 gegen 64 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die beiden Rechtsparteien, die unabhängigen Sozialdemokraten und die bayerischen Bauernbündler.

Die nächste Sitzung, so erklärte dann der Präsident, soll stattfinden, wenn der Steuerausschuß seine Arbeiten beendet hat, kaum aber vor Ende Februar. Daraufhin erkundigte sich der Abg. Schulz-Bromberg (D. natl.) teilnehmend nach den Neuwahlen, da das Mandat der „Verfassunggebenden Nationalversammlung" schon längst erloschen sei. Auch Abg. Henke (U. Soz.) zeigte lebhaftes In-

teresse für die Neuwahlen, Präsident Fehrenbach dagegen gar nicht. Wann die Neuwahlen stattfinden, wisse er auch nicht.

Deutsches Reich.

Holländischer Staatskredit an Deutschland.

Die zwischen der deutschen und der holländischen Regierung seit einiger Zeit schwebenden Verhandlungen über die Gewährung eines holländischen Staatskredits an Deutschland stehen, so hörte die „B. Z.", dicht vor dem Abschluß. Es handelt sich um eine Summe von 200 Millionen Gulden, das wäre nach dem heutigen Kurse vier Milliarden Mk. Davon sollen 140 Millionen Gulden zum Ankauf von Rohstoffen, 60 Millionen zum Ankauf von Lebensmitteln dienen. Der Kredit wird auf 10 Jahre gegeben und wird in dem Maße weitergewährt, in dem die Abzahlungen seitens Deutschlands erfolgen. Deutschland seinerzeit verpflichtet sich, die Rohstoffe und Lebensmittel aus Holland zu beziehen und gewährt überdies an Holland einige für Holland wichtige Vorteile, z. B. in bezug auf die Lieferung von Kohlen, auf den Abbau von Kohlenfeldern bei Erkelenz an der deutsch-holländischen Grenze usw. — Dies ist der erste Fall nach Friedensschluß, in dem ein neutraler Staat Deutschland tatsächlich hilft.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der Abtransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich am Dienstag, den 20. Januar begann. Es werden zunächst die im linksrheinischen Gebiet beheimateten Gefangenen heimbefördert. Die ersten Transporte trafen am 21. Januar in den Durchgangslagern Jülich, Eschweiler und Düren ein. Die nächsten Züge werden nach Worms und Griesheim geleitet.

*

— Däumig verhaftet. Wie verlautet, wurde der Führer des radikalen Flügels der Unabhängigen Däumig, Sonntag vormittag durch das Oberkommando in den Marken im Auftrage der Reichsregierung verhaftet.

— Eine Protestkundgebung in Stargard. In Stargard veranstalteten trotz des Ausnahmezustandes die Unabhängigen und Eisenbahner einen Protestumzug gegen das Betriebsrätegesetz. An dem Zuge nahmen Tausende teil. Es ereigneten sich keine Zwischenfälle.

Ausland.

Frankreich.

Das neue französische Kabinett.

Das neue französische Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident: Millerand, Justiz und Sonstiges: Honnorat, Krieg: Raoul Perls, Marine: Landry, Unterricht: Victor Bernard, Kolonien: Sarut, Oeffentliche Arbeiten: Paul Bigout, Arbeitsministerium: Jourdain, Finanzminister: Francois Marshal, Handelsministerium: Isaac, Minister Tardieu: Oberverwalter für alle neu erworbenen Gebiete. Millerand beabsichtigt die Bildung eines Gesundheitsministeriums und eines Ministeriums für soziale Fürsorge.

Millerands Programm.

Ministerpräsident Millerand erklärte einem Vertreter des „Petit Journal", das Ziel seiner Politik gehe dahin, Frankreich vor allem im Innern u. nach außen eine möglichst freie Entfaltungsmöglichkeit zu verschaffen. Die neue Regierung werde, wie die abgegangene, auf die genaue Erfüllung des Friedensvertrages dringen.

Der neue französische Kriegsminister.

Der neue Kriegsminister Lefevre, der bei den Beratungen der Friedenskonferenz dafür eingetreten ist, daß Deutschland noch nicht genügend entwaffnet sei, hat, unmittelbar vor seiner Ernennung einen alarmierenden Bericht über die deutsche Wehrmacht veröffentlicht.

Clemenceau reist nach Aegypten.

In einer Unterredung erklärte Clemenceau, daß er in einigen Tagen auf zwei Monate nach Aegypten gehen werde. Er werde keine Memoiren schreiben.

Beginn des Caillauxprozesses.

Vor dem französischen Senat als obersten Gerichtshof wurde Caillaux vorgeführt, dem bloß verkündet wurde, daß die Eröffnung der Verhandlungen auf den 17. Februar angesetzt wurde.

Italien.

Eisenbahnerstreik in Italien.

Mailand, 21. Januar. Gestern nacht brach der Eisenbahnerstreik aus. Heute morgen gingen keine italienischen Züge nach der Schweiz.

Türkei.

Haftbefehle gegen Enver Pascha und Talat Pascha.

Die Preßinformation meldet aus Paris: Der Verbündetenrat beschloß, gegen Enver Pascha und Talat Pascha Haftbefehle zu erlassen.

Sturmzeichen im Orient.

Ueber die Regelung der türkischen Frage wird aus Paris gemeldet, daß Lloyd George, Curzon und Montague Abgesandte des Vizekönigs von Indien empfangen haben, und daß deren Darlegungen die Ursache des Umschwungs in der Auffassung von Lloyd George gewesen sind. Es handelt sich nicht nur um die Gärung der Mohammedanern in den Tälern des Ganges und des Indus. In ganz Mittelasien einschließlich Afghanistan und in den ganzen nordindischen Gebieten sowie in Persien soll eine allgemeine Erhebung drohen. Die nationaltürkische Bewegung hat immer weiter um sich gegriffen. Auch in Turkestan und in den Gebieten um das Kaspische Meer herum beginnt es sich zu regen. Buchara soll in den Händen von maximalistischen Truppen sein, während zugleich die nationalistischen Türken nur wenige Tagemärsche von der Stadt entfernt ständen. Selbst in China soll eine lebhafte Bewegung beobachtet werden, die ihrerseits einen großen Einfluß auf die mohammedanischen Gebiete in Turkestan ausübt. Die indischen Delegierten legten den englischen Staatsmännern die Gefahr der Lage eindringlich nahe und wiesen besonders darauf hin, daß eine Erhebung des nordindischen Gebiets zurzeit auf das übrige Indien weitergreifen würde.

Lokales.

§ Annen, 22. Januar.

Außerkurssetzung des Silbergeldes.

Ankauf durch die Reichsbank.

Amtlich wird durch W. T. B. mitgeteilt:

Infolge der ganz außerordentlichen Steigerung der Silberpreise ist der Metallwert der Silbermünzen weit über den Nennwert gestiegen. Infolgedessen sind diese Münzen völlig aus dem Verkehr verschwunden, so daß sie tatsächlich als Zahnulgsmittel keine Verwendung mehr finden. Mit Rücksicht hierauf besteht die Absicht, sämtliche Reichssilbermünzen in allernächster Zeit außer Kurs zu setzen. Um diese außer Kurs zu setzenden Münzen dem deutschen Wirtschaftsleben nutzbar zu machen, kaufen auf Anordnung des Reichsbank-Direktoriums die Reichsbankhauptkasse und die sämtlichen Zweiganstalten der Reichsbank die Silbermünzen schon jetzt zu einem dem Marktpreise des Inlandes entsprechenden Preise an, und zwar bezahlen sie für ein

Einmarkstück	6,50 ℳ
Zweimarkstück	13,00 ℳ
Dreimarkstück	19,50 ℳ
Fünfmarkstück	32,50 ℳ
Ein halbes Markstück oder altes Fünfzigpfennigstück	3,25 ℳ
silbern. Zwanzigpfennigstück	1,30 ℳ

Für einen alten Taler werden auf Grund seines höheren Feingehaltes 21,50 ℳ gezahlt.

* Annen, 22. Januar. (Evang. Schulvereinigung.) Zur bevorstehenden Wahl der Elternbeiräte schreibt man uns: Im großen Saale des Vereinshauses hatten sich Freunde der Schule zusammengefunden, um über Aufstellung der Listen für die Elternbeiräte in den hiesigen Schulsystemen zu beraten. Der Vorsitzende, Herr Lehrer Schönhals, eröffnete die Versammlung mit einer kraftvollen Ansprache. Die vom Vorstande gewissenhaft aufgestellten Listen wurden mit großer Majorität angenommen. Bei der Liste der Hüllbergschule wurde Widerspruch dagegen erhoben, daß ein Lehrer in den Elternbeirat gewählt werde; der Lehrer sei ja Mitglied des Lehrerkollegiums. Aber die Herren Pastor Müller und Gemeindevertreter Küch sprachen sich gerade dafür aus, und der Antrag des ersteren, grundsätzlich auch Lehrer hinzuzuwählen und Herrn Schönhals als ersten auf die Liste zu stellen, wurde fast einstimmig angenommen. Aus besonderen Gründen hatte der Vorstand davon abgesehen, Listen für die Mittel- u. Vorbachschule aufzustellen. Auf Antrag von Herrn Pastor M. wurde einstimmig beschlossen, die Aufstellung auch dieser Listen dem Vorstand zu überlassen; sie sollen dann einer neuen Versammlung zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden. Die von Herrn Küch vorgeschlagene Liste für die Vorbachschule wurde abgelehnt.

Eine lebhafte Aussprache riefen die Ausführungen des Herrn Küch hervor, der noch nicht zur „Schulvereinigung" gehört. Daß er als Dissident für die „weltliche", also religionslose Schule eintrat, kann ihm keiner verdenken. Als er sich aber zu der geradezu ungeheuerlichen Behauptung verstieg: Die frühere preußisch-deutsche Volksschule habe überhaupt nichts geleistet, erhob sich schärfster Widerspruch. Die grobe Bemerkung eines Herrn zu seiner Umgebung wurde von allen mißbilligt. Aber bei den Worten des Herrn Küch konnte einem auch die Galle überlaufen. Der Vorsitzende wie auch die Herren Pastor Brosse, Hauptlehrer Pleuger, Lehrer Manns u. a. wiesen die Angriffe scharf und entschieden zurück: „Die deutsche Schule hat unser Volk groß gemacht!"

Wenn Herr K. behauptete, erst die neue, also „weltliche" Schule werde die Menschen zu Tüchtigen machen, so haben sich manche Leute darüber gewundert, daß Herr K., der doch die alte Schule mit Erfolg durchgemacht hat, dennoch ein so — Tüchtiger geworden ist. Oder bestätigt auch hier die Ausnahme die — Regel?!

Mit besonderem Ernste betonten der Vorsitzende und Herr Pfarrer Brasse u. a. den Wert des einheitlichen Unterrichts in der Schule, der — Erziehung sei, und vor allem den hohen Wert und die große Bedeutung der konfessionellen Schule. Auch wurde auf die üblen Erfahrungen hingewiesen, die man in anderen Ländern, z. B. in Holland, mit der „weltlichen" Schule gemacht habe.

Der Kampf um die Schule und die Jugend und damit um die Zukunft unseres Volkes hat begonnen. Auch wir tragen in Herz und Gewissen die Verantwortung für sie vor Gott und unserm Volke. Möge der Kampf siegreich ausgehen zum Segen und Heil für unsere Jugend und unser Vaterland!

§ Annen, 22. Januar. (Provinzialsteuern.) Nach dem Beschlusse des 61. Westfäl. Provinziallandtages vom 22. November 1919 ist zur Deckung der Ausgaben des Provinzialverbandes für 1919 eine weitere Provinzial-Steuer von 10 Prozent des der Verteilung der Provinzialsteuern nach § 25 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 zugrunde zu legenden Steuersolls zu erheben. Auf den Landkreis Hörde entfällt der Betrag von 187 978,67 ℳ.

§ Annen, 27. Januar. (Die neue Reichspostflagge) soll nach der Bestimmung der Reichsregierung die schwarz-rot-goldene Flagge mit einem weißen Posthorn im roten Mittelfeld sein. Das weiße Posthorn steht ohne Umrahmung oder sonstige besondere Abgrenzung in dem roten Streifen der Flagge.

§ Annen, 22. Januar. (Die Einreise ins besetzte Gebiet) ist nunmehr freigegeben. Die Reisenden brauchen nur im Besitze eines gewöhnlichen deutschen Reisepasses zu sein. Der Verkehr kann über die Rheinbrücken bei Maxau, Germersheim, Speyer und Ludwigshafen erfolgen. Ebenso ist von jetzt an auf Grund des Rheinlandabkommens für die Bewohner des besetzten Gebietes, die im Besitz des vorgeschriebenen Personalausweises sein müssen, die Aus- und Einfuhr vom besetzten in das unbesetzte Gebiet auf Grund dieses Personalausweises gestattet. Besonderer Reisepässe bedarf es nicht mehr.

— (Die deutsche Volkspartei des 18. Wahlkreises) gibt durch Flugblatt ihre Grundsätze bekannt. Wir machen auf die Beilage, die der heutigen Nummer beigefügt ist, besonders aufmerksam.

† Stockum, 21. Jan. (Einbruchsdiebstahl.) Die Einbruchsdiebstähle nehmen kein Ende, beson-

Das Halsband.

Von G. Struder.

(Nachdruck verboten.)

(23. Fortsetzung.)

18. Kapitel.

Als Döring am nächsten Morgen sein Wohnzimmer betrat, lagen auf seinem Schreibtische zwei Briefe. Er öffnete zunächst den einen, der den Poststempel Antwerpen trug, und las nun zu seinem großen Erstaunen Folgendes:

Sehr geehrter Herr Döring.

Gestatten Sie mir, einer tief Unglücklichen, einige Zeilen an Sie zu richten, zu deren Niederschreiben ich mich erst nach langem Zaudern entschlossen habe. Die Scham hielt mich davon zurück, Ihnen mein Vergehen einzugestehen, doch über dieses Bedenken siegte zuletzt das lebhafte Verlangen, wenigstens nicht ganz und gar Ihre Achtung verloren zu haben. Sie sollen wenigstens nicht von mir denken, daß ich heimlich Beziehungen zu einem anderen Manne unterhalten hätte, während Sie damals aus meinem ganzen Benehmen Ihnen gegenüber die Ueberzeugung hatten gewinnen müssen, daß mein Herz Ihnen allein gehörte. Daß dasselbe Ihnen auch heute noch voll und ganz gehört, das darf ich Ihnen jetzt gestehen, wo durch das Vorgefallene alle Hoffnung, daß Sie meine Neigung jemals zu erwidern vermöchten, für immer vernichtet ist. Jener Mann, der Ihnen damals so verdächtig erschien, ist nämlich mein Bruder Heinr. Pirson. Teils durch Versprechungen aller Art und teils durch die schrecklichsten Drohungen hatte er mich soweit gebracht, daß ich ihn in das Schloß einließ, und diesen Umstand mißbrauchte er dazu, sich an dem Eigentum meiner Herrin zu vergreifen. Auf diese Weise bin ich denn seine Mitschuldige geworden, aber Sie würden mein Vergehen gewiß mit einiger Nachsicht beurteilen, wenn Sie wüßten, was er alles angestellt hat, um mich zu meiner mehr unüberlegten als böswilligen Handlungsweise förmlich zu zwingen. Doch hierdurch wird ja meine Schuld nicht aus der Welt geschafft. Ich habe den Anspruch auf Ihre Achtung verloren, und daher besitzt mein Leben von jetzt an keinerlei Wert mehr für mich. Willenlos und gleichgültig gegen alles, was die Zukunft mir bringen wird, folge ich meinen Bruder nach dem Auslande, wo wir ein neues Leben beginnen wollen. Doch möchte ich das Land wo ich wenigstens eine Zeit lang glücklich gelebt habe, nicht verlassen, ohne Ihnen vorher gesagt zu haben, daß, wenn ich auch heute für immer von Ihnen scheide, ich Sie doch nie und nimmer vergessen werde. Leben Sie wohl und werden Sie recht glücklich. Das wünscht Ihnen von ganzem Herzen Ihre Sie aufrichtig verehrende

Emma Pirson.

Dieser Brief erregte in Döring ein eigenartiges Gefühl des Widerwillens. Die ganze Schreibweise gefiel ihm nicht, es lag etwas Gezwungenes, Affektiertes darin, was auf ihn den Eindruck machen sollte und aus dem doch sofort hervorging, daß es ganz und gar nicht von Herzen kam. Das frühere Mißtrauen gegen die Briefschreiberin regte sich wieder in ihm stärker denn jemals, u. zuletzt fragte er sich, ob das ganze nicht am Ende ein geschickt angelegtes Manöver sei, um ihn und die Polizei von der Spur der Flüchtlinge abzulenken. Denn der Poststempel Antwerpen bewies an und für sich nicht das Geringste. Der Brief konnte recht gut durch den angeblichen Bruder des Fräulein Pirson an einen Helfershelfer in Antwerpen mit dem Ersuchen abgesandt worden sein, ihn dort auf die Post zu geben. Was in dieser verdächtigen Angelegenheit noch zu tun sei, das gedachte sich Döring später zu überlegen, nachdem er auch den zweiten Brief gelesen haben würde.

Dieser, der mit dem Poststempel Mannheim versehen war, hatte folgenden Inhalt:

Herrn Alfred Döring

Brüssel.

Nachdem es mir mit vieler Mühe endlich gelungen ist, Ihre Adresse zu erfahren, teile ich Ihnen als Curator des Nachlasses Ihres vor zwei Jahren aus Amerika hierhin verzogenen Onkels Nachbauer mit, daß Ihr Onkel ohne Hinterlassung eines Testaments gestorben und daß daher der gesamte Nachlaß Ihnen als dem nächsten Intestaterben zugefallen ist. Das gesamte Vermögen Ihres verstorbenen Oheims wird sich auf etwa 700 000 Mark belaufen.

Wollen Sie die Erbschaft antreten, so dürfte sich für Sie eine mündliche Rücksprache mit mir empfehlen, und erwarte ich hierüber Ihre baldgefälligen Nachrichten.

Hochachtend

E. Schmidtborn, Großherzoglicher Notar.

Die Aufregung, in die Döring durch diesen Brief versetzt wurde, war begreiflicherweise keine geringe. Jenes Oheims, des einzigen Bruders seiner verstorbenen Mutter erinnerte er sich überhaupt nur ganz dunkel. In seiner Jugend hatte er wohl davon gehört, daß derselbe nach Amerika gegangen sei, aber niemals irgendwelche Nachricht von sich nach der Heimat hätte gelangen lassen, und er galt daher allgemein für verschollen. Und nun hatte dieser Oheim, den er nie im Leben gekannt hatte, ihm ein solches Vermögen hinterlassen, ihn mit einem Male zu einem reichen Manne gemacht.

Döring überlegte nicht lange, was er zu tun hatte. Sofort suchte er seinen Chef auf, um ihn wegen einer dringenden Angelegenheit um einen achttägigen Urlaub zu bitten, und dann schrieb er an den Notar Schmidtborn, daß er bereits am nächsten Tage in Mannheim eintreffen und ihn sofort besuchen würde.

Mit einem Abendzuge reiste Döring ab und am andern Mittag befand er sich in Mannheim, wo er zunächst in einem Hotel abstieg und sich hierauf zu dem Notar begab.

Der alte Herr empfing den Erben des großen Vermögens mit ausgesuchter Höflichkeit. Er ließ ihn in seinem Privatkabinett an seiner Seite Platz nehmen und setzte ihm weitläufig die Beschaffenheit des Nachlasses, woraus derselbe bestand, u. die einzelnen Vermögensteile angelegt waren, auseinander, und dann fragte er, ob er wünsche, daß die Immobilien, drei in Mannheim gelegene Grundstücke verkauft oder versteigert werden sollten.

Als Döring erklärte, sich dies erst überlegen zu wollen, bemerkte der Notar, daß er über das sonstige Vermögen, speziell über die Wertpapiere und die Bankguthaben, sofort zu jeder Zeit verfügen könne. Nur müsse er ihm erst die nötigen Legitimationspapiere vorlegen, sich diese aber zu beschaffen, werde ihm gewiß keinerlei Schwierigkeiten bereiten.

Döring hatte glücklicherweise seine sämtlichen Legitimationspapiere mitgebracht, und nachdem der Notar sie durchgesehen, versicherte er, daß dieselben vollständig genügten. Es seien noch einige unbedeutende gesetzliche Formalitäten zu erfüllen, wenn er indessen vielleicht schon jetzt eine Abschlagszahlung zu erhalten wünsche, so stände diese sofort zu seiner Verfügung.

Lächelnd erwiderte Döring, daß er in Brüssel stets einen guten Verdienst gehabt und sich manches erspart hätte, so daß er in der Lage sei, das gütige Anerbieten dankend ablehnen zu können. Nachdem sie dann noch einige freundliche Worte mit einander gewechselt hatten, schied er von dem wackeren Herrn, den er noch bat, ihm alle weiteren Nachrichten unter seiner bisherigen Adresse in Brüssel zukommen zu lassen.

Das Bewußtsein, nunmehr der Eigentümer eines solchen Vermögens zu sein, erfüllte ihn unwillkürlich mit einem gewissen Gefühl der Befriedigung und des Stolzes, aber dieses Gefühl wurde bald stark beeinträchtigt durch Erwägungen ganz anderer Art, die sich ihm aufdrängten. Wozu konnte ihm nun das Geld, über das er jetzt verfügte, eigentlich dienen? Ein anderes, luxuriöseres Leben als bis dahin zu führen, der Gedanke kam ihm niemals in den Sinn. Die Tätigkeit des Detektiv, die ihm eigentlich nie besonders sympathisch gewesen war, würde er zwar sobald wie möglich aufgeben, aber im übrigen wollte er doch stets der einfache Mann bleiben, der er bis dahin gewesen war. Ja, wenn Frau van Vest nicht mit diesem Herrn de Polter so gut wie verlobt wäre. Dann würde er sich, wozu er ja das Recht besaß, wieder Doktor Alfred Döring nennen, und dann würde er es auch wagen, vor sie hinzutreten und sie zu fragen, ob sie ihm für immer angehören wolle. Aber wie die Verhältnisse augenblicklich lagen, wäre ein solches Unterfangen absolut aussichtslos gewesen. Sie heiratete ja doch nur diesen Mann, weil derselbe so ungeheuer reich; bedeutend viel reicher war als er, und er hätte es also auch bei seiner jetzigen, total veränderten Vermögenslage unter keinen Umständen mit jenem aufnehmen können. Wenn ich sie aber nicht bekommen kann, so fragte er sich wiederholt, was habe ich dann von dem vielen Gelde? Im Grunde genommen bin ich jetzt nicht besser dran als früher, ja wer weiß, ob nicht der Mangel einer anstrengenden Tätigkeit mich meinen Verlust noch schmerzlicher empfinden lassen wird, so daß ich in Zukunft noch viel weniger glücklich sein werde, als bis dahin?

In keineswegs gehobener Stimmung trat er am nächsten Morgen die Rückreise an, und als er am Abend dieses Tages sich wieder in seiner einsamen Wohnung befand und sich sagte, daß er mit all seinem Gelde doch für immer ein armer, um sein Lebensglück gekommener Mensch bleiben würde, da wurde es ihm so traurig und melancholisch zu Mute, wie noch nie zuvor.

Am andern Tage begab er sich zu Herrn Mathieu, um ihm zu kündigen. Von der ihm zugefallenen Erbschaft, wollte er ihm nichts sagen, denn das ging ja Niemand etwas an, und außerdem wollte er auch den unausbleiblichen lästigen Fragen, wie das alles eigentlich gekommen sei und was er jetzt anzufangen gedächte, entgehen.

Herr Mathieu war durch diese Kündigung sehr unangenehm überrascht.

„Ich lasse Sie wirklich sehr ungern gehen, mein lieber Döring", sagte er. „Und wenn Sie etwa eine kleine Gehaltsaufbesserung wünschen, so bin ich sofort hierzu bereit."

„Mein Entschluß ist unerschütterlich", entgegnete dieser in festem Tone. „Ich gedenke eine andere Beschäftigung zu ergreifen, und das wird geschehen, sobald Sie einen Ersatz für mich gefunden haben."

„Wie lange wollen Sie denn noch bei mir bleiben?"

„Höchstens noch zwei bis drei Wochen."

„Das ist aber eine sehr kurze Zeit, die Sie in Notfalle wohl auch etwas verlängern werden. Wir können ja gelegentlich noch weiter darüber sprechen. Einstweilen habe ich noch einen kleinen Auftrag für Sie, der Ihnen vielleicht nicht ganz unwillkommen ist. Sie sollen nämlich sobald wie möglich hinaus zu Frau van Vest."

„Ich soll abermals auf das Schloß, aber zu welchem Zwecke?"

„Das ist mir auch unbekannt. Frau van Vest wünscht dies nun einmal, und Sie wissen, die gnädige Frau bezahlt sehr gut."

„Dieser Auftrag ist mir entschieden nicht besonders angenehm", erwiderte Döring zögernd. „Aber wenn es denn einmal sein muß, so werde ich ihn auch ausführen. Wenn Sie wollen, werde ich sofort reisen."

„Tun Sie das, mein Lieber, und bieten Sie alles auf, um die Dame zufriedenzustellen. Ein evidentlicher Verdienst wäre mir sehr angenehm, da die Geschäfte in letzter Zeit keineswegs besonders gut gingen.

„Erst muß ich wissen, worum es sich handelt, Herr Mathieu. Die Dame könnte mir ja auch einen Auftrag erteilen oder mir eine sonstige Anerbietung machen, die ich unter allen Umständen ablehnen müßte. Jedenfalls werde ich bald wissen, was von mir will, denn ich begebe mich von hier direkt nach Contich."

ders haben es die Diebe auf Ziegen u. Kaninchen abgesehen. Letzte Nacht wurden dem Bergmann Fritz Dietrich eine Ziege und 3 Kaninchen im Stalle abgeschlachtet und mitgenommen. Hoffentlich werden die Diebe von der Polizei gefaßt.

Kley-Oespel, 22. Jan. (Mieterschutzverein.) Viele Mieter von hier schlossen sich dem Mieterschutzverein des Amtes Lütgendortmund an. In den Gesamtvorstand wurden für Kley die Herren Wilhelm Schlüter, Johann Burg und Wilhelm Lüning zu Beisitzern gewählt, für Oespel die Herren Wilhelm Aufderheide, Rudolf Görshop und Heinrich Rose.

Provinzielle Nachrichten.

Dortmund, 21. Januar. (Der „Eiserne Reinoldus") soll nunmehr endgültig von der Stadt übernommen und dauernd an seinem jetzigen Standort unter der Vorhalle des alten Rathauses, stehen bleiben. Die Nägel sollen aus dem Holz entfernt werden und die Figur einen wetterfesten Anstrich erhalten. Der Standort wird mit einem Gitterwerk umgeben.

Hörde, 21. Januar. (Ein bedauerlicher Beschluß.) Der Magistrat hat es für gut befunden, die Benennung unserer Hauptstraßen Hindenburgstraße und Ludendorffstraße wieder aufzuheben. Erstere, die frühere Chausseestr. und Bickefeldstraße, erhielt die Bezeichnung Herrmannstraße, während letztere wieder den alten Namen Hochofenstraße führen soll. Die bisherige Hermannstraße ist Jahnstraße genannt. — Der Beschluß der Magistratsmehrheit ist, so schreibt das „Hörder Volksblatt", vor allem soweit er die Hindenburgstraße betrifft, außerordentlich bedauerlich und wir hätten nicht gedacht, daß kleinliche Parteipolitik so weit gehen könnte, die geringe Ehrung, welche die Stadt einem der hervorragendsten Geister des deutschen Volkes durch eine Straßenbenennung erreichen wollte, wieder zu nichte zu machen. Den Herren, welche diesen Beschluß gefaßt haben, wollen wir einmal ins Gedächtnis rufen, was ihr Parteigenosse, der sozialdemokratische Kultusminister Haenisch, am 18. Dezember 1919 in der Preußischen Landesversammlung bei Besprechung der Berliner Hindenburg-Kundgebungen sagte: „Hindenburg steht allen, auch den Sozialdemokraten und der Regierung zu hoch, als daß seine Hineinziehung ins parteipolitische Treiben geduldet werden dürfte. Er ist ein Musterbeispiel der Selbstlosigkeit und der sich aufopfernden Pflichttreue und menschlichen Größe, die sich auch nach dem Zusammenbruch Deutschlands offenbarte und er soll unserer Jugend als ein Vorbild rein erhalten bleiben."

Schwerte, 21. Januar. (Der bestohlene Zauberkünstler.) Schwer bestohlen wurde während einer Vorstellung der Zauberkünstler Bellachini. Ein Spitzbube hatte eine günstige Gelegenheit benutzt, die Uhr des Künstlers, eine größere Anzahl Silbermünzen, mit denen er arbeitete, sowie einen erheblichen Barbetrag verschwinden zu lassen. Man ist dem Täter auf der Spur.

Hagen, 21. Januar. (Aufsehen erregende Verhaftung.) Montag vormittag wurden auf Veranlassung des Wehrkreiskommandos 6 die an der Leitung des Eisenbahnerstreiks beteiligten Eisenbahner Fischer, Bauseler und Warstadt verhaftet. Sie wurden, wie verlautet, nach Münster abgeführt.

Hagen, 21. Januar. (Zeitungsverbot.) Anstelle der von der Zensur verbotenen „Volksstimme" erschien ein „Mitteilungsblatt" der hiesigen Unabhängigen. Nach wenigen Tagen des Erscheinens ist nun auch diese Zeitung verboten worden.

Kabel, 21. Januar. (Umfangreiche Diebstähle von Gepäckgut) sind hier aufgedeckt worden. Am Bahnhof war eine junge Kriegerfrau beschäftigt, deren Mann sich in Kriegsgefangenschaft befindet und deren Schwester in verantwortungsvoller Stelle bei der Boeler Amtsverwaltung angestellt war. Die Frau kam im Jahre 1916 auf den Gedanken, sich durch Beiseiteschaffen von Gepäckstücken Vermögensvorteile zu verschaffen. Als ersten ließ die Frau den Koffer eines Fabrikanten verschwinden, der mit seiner Familie einen Badeort aufsuchen wollte. Das geschah in der Weise, daß der Koffer, statt nach seinem Bestimmungsort geschickt zu werden, mit einer Bezettelung für Hagen versehen wurde, wo er dann von der Schwester der Frau abgeholt werden konnte. In gleicher Weise verschwanden nun fortgesetzt Gepäckstücke, Postpakete usw., wofür die beteiligten Behörden viele Tausende Mark als Ersatz den Geschädigten vergüten mußten. Die Diebin war in der Lage, Kleidungsstücke, Koffer, Pelzgarnituren usw. zu verkaufen, wodurch sie zu ansehnlichen Barmitteln gelangte, die ihr ermöglichten, eine kostbare Wohnungseinrichtung zu bestellen, zu deren Lieferung es indes nicht mehr gekommen ist. Jüngst sprach die Tochter des zuerst bestohlenen Fabrikanten auf dem Amte in Boele vor und sie bemerkte hier, daß die erwähnte Schwester der Bahndiebin eine ihr abhanden gekommene Bluse trug. Der dadurch erregte Verdacht führte auf die rechte Spur, und bei der Durchsuchung der Wohnung wurden noch ungeheure Mengen Koffer, Kleidung, Wäschestücke und andere Dinge vorgefunden. Die Frau wurde in Untersuchungshaft genommen.

Datteln, 21. Januar. (In den Schacht gestürzt.) Auf der Zeche „Emscher-Lippe" sind die Bergarbeiter Hollenstein und Wilke einen Stapel hinuntergestürzt. Wilke ist kurz darauf gestorben. Hollenstein wurde schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. — Als pockenverdächtig ist die zwölfjährige Tochter des Landwirts August Lobeck in Clostern ins hiesige Krankenhaus eingeliefert worden.

Münster, 21. Januar. (180 000 spartakistische Flugblätter.) Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk sind 180 000 Flugblätter des Spartakusbundes beschlagnahmt worden, durch welche die Eisenbahn- und Bergarbeiter zum Generalstreik aufgefordert wurden. Der Streik sollte gestern beginnen. Es wurden viele Verhaftungen vorgenommen.

Mülheim (Ruhr), 21. Januar. (Furchtbare Eifersuchtstat.) In einem Anfall krankhafter Eifersucht brachte hier die 68 jährige Ehefrau Rüttgen ihren um 6 Jahre jüngeren Ehemann und sich selbst dadurch ums Leben, daß sie die Gashähne im Schlafzimmer öffnete.

Lorup, 21. Januar. (Schweres Jagdunglück.) Ein trauriger Unfall trug sich gestern bei der hier veranstalteten Treibjagd zu. Einer der Jagdteilnehmer stolperte über eine Wurzel und kam zu Fall. Hierbei entlud sich die Flinte und die gesamte Schrotladung drang den ihm voraufgehenden Sohne der Hofbesitzerin Witwe Schwarte in den Unterleib. Bereits nach einer Stunde war er, bevor ärztliche Hilfe zur Stelle sein konnte, seiner schweren Verletzung erlegen. Der Fall erregt um so größere Teilnahme, als die Mutter zu Anfang des Krieges ihren Mann und 2 Söhne im Felde verloren hat.

Trier, 21. Januar. (Ein kostbarer Tropfen.) Bei der heutigen Weinversteigerung brachte das bisher teuerste Fuder aller Moselweine, und zwar „1918er Zeltinger Schloßberg" den Betrag von 75 100 ℳ.

Türkismühle (Bez. Trier), 21. Jan. (9 Zentner deutsches Gold- und Silbergeld beschlagnahmt.) Im Nachtschnellzuge Frankfurt a. M.—Metz machten einige Reisende durch ihre vielen schweren Koffer Aufsehen. Auf dem Bahnhof Kreuznach untersuchte die französische Wache sie und beschlagnahmte etwa 4 Zentner deutschen Gold- und Silbergeldes. Die inzwischen benachrichtigten Zollbeamten in Türkismühle entdeckten weitere 5 Ztr. Gold- und Silbergeld, zum Teil ausgeschmolzen. Sieben polnische Staatsangehörige mit Fahrkarten nach Neunkirchen wurden verhaftet.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Prozeß Erzberger—Helfferich.

Montag vormittag begann vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts 1 in Berlin die Hauptverhandlung in dem Beleidigungsprozeß des Finanzministers Erzberger gegen den früheren Staatssekretär Dr. Helfferich. Der Prozeß wird mehrere Wochen dauern. Zur vorgestrigen Verhandlung sind die beiden Hauptbeteiligten erschienen. Außerdem sind zahlreiche Zuschauer anwesend. Nach Feststellung der Personalien Helfferichs wurden zunächst die unter Anklage stehenden Artikel desselben verlesen, sowie das Vorwort zu der Broschüre „Fort mit Erzberger." Um 11einhalb Uhr war die Verlesung der Broschüre und der Kreuzzeitungsartikel, auf welche in der Anklage Bezug genommen wird, beendet. Heute vormittag soll mit der Vernehmung des Angeklagten begonnen werden. Der Vorsitzende beabsichtigt, wie er ausführte, den Angeklagten zunächst zu dem allgemeinen Teile der Beschuldigungen die er gegen Erzberger erhoben hat, zu vernehmen; daran anschließend soll zunächst der Fall Thyssen verhandelt werden. Er hofft, daß der allgemeine Teil der Vernehmung und der Fall Thyssen bis Donnerstag erledigt werden kann. Der Vorsitzende betonte zum Schlusse der Sitzung, es sei wünschenswert, daß eine Reihe von Tatsachen, deren Erörterung nicht im Interesse des Reiches liege, in den Verhandlungen nicht zur Sprache komme.

Der Angeklagte als Ankläger.

Der zweite Tag des Prozesses. Die eigentliche Verhandlung fängt gleich mit einem aewaltigen Auftakt an, mit einer überaus scharfen Anklagerede Helfferichs gegen Erzberger, den er den „Reichsverderber" nennt. Das Bild hat sich tatsächlich verschoben, die Rollen sind vertauscht, Helfferich ist der Kläger, Erzberger der Angeklagte. Die Art, wie Helfferich die Klinge führt, läßt darauf schließen, daß es hier noch zu harten Kämpfen kommen wird, denn auch der Gegner wird nicht auf sich warten lassen. Aber auch lange wird es dauern, denn umfangreiches Material liegt vor.

Zweifaches Todesurteil.

Das Schwurgericht in Bochum verurteilte am Samstag die Witwe des Zechenschmiedes Anton Lapczinski und den Bergmann Frz. Komenski von Henrichenburg bei Recklinghausen wegen gemeinsamen Mordes zum Tode. Die Angeklagte Lapczinski erschoß in der Nacht zum 31. August v. Js. in Henrichenburg auf ihrem einsam gelegenen Gehöft auf Anstiften des mitangeklagten Bergmanns Keminski ihren Ehemann. Die beiden Verurteilten hatten seit einigen Monaten ein intimes Liebesverhältnis unterhalten.

Aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnunglück.

18 Tote und 20 Verletzte.

Berlin, 20. Januar. (Amtlich.) Heute nacht gegen 2 Uhr entgleiste in Kilometer 234 zwischen Schönlanke und Schneidemühl der in der Richtung von Berlin nach Schneidemühl fahrende Post- und Eilgüterzug Nr. 6117, anscheinend infolge eines verbrecherischen Anschlages durch Lösen der Schienenlaschen. Die entgleisten Wagen des Eilgüterzuges sperrten das Nebengleis der Richtung Schneidemühl-Berlin, auf dem kurz darauf der von Schneidemühl kommende Vorzug des D-Zuges Nr. 4 in die Trümmer hineinfuhr und entgleiste. Die zur Deckung des entgleisten Eilgüterzuges auf dem Gleise des D-Zuges ausgelegten Knallkapseln, durch welche dieser Zug angehalten werden sollte, konnten wegen der kurzen verbleibenden Zeit nicht mehr soweit vorgelegt werden, um den Zug rechtzeitig zum Halten zu bringen. Von den Reisenden des D-Zuges wurden 18 getötet und 20 verletzt, darunter 8 schwer. Die Namen der Getöteten und Verletzten werden möglichst bald bekannt gegeben werden. Aerztliche Hilfe wurde sofort aus den benachbarten Orten herangezogen. Beide Gleise werden voraussichtlich bis 6 Uhr abds. gesperrt bleiben. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen an der Unfallstelle aufrecht erhalten.

Ein Raubanschlag auf den Güterzug.

Das „B. T." schreibt zu dem Unglück: Die bisher eingegangenen Meldungen über das furchtbare Eisenbahnunglück bestätigen leider die ersten Nachrichten über den Umfang der Katastrophe. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß der schwere Unglücksfall die Folge eines verbrecherischen Anschlages ist. Jedenfalls hat eine Räuberbande nach dem Muster von Wildwest die Schienen gelockert, um den Güterzug zur Entgleisung zu bringen und dann die Wagen zu berauben.

Von der Unfallstelle wird noch gemeldet: Die Aufräumungsarbeiten konnten noch nicht beendet werden. Von dem Gütrzuge waren außer der Lokomotive insgesamt neun Wagen aus den Schienen gesprungen und größtenteils zertrümmert, während von dem D-Zug nur ein Wagen entgleiste und eingedrückt wurde.

* * *

49 Mann ertrunken.

Kopenhagen, 21. Januar. Der amerikanische Dampfer „Macona", der am letzten Freitag von Kopenhagen nach Neuyork abging, scheiterte bei den schweren Stürme der letzten Tage im Kattegatt, ungefähr eine Meile von der schwedischen Küste entfernt, und sank. Von den 50 Mann der Besatzung wurde nur der zweite Steuermann gerettet. Die übrigen 49 Mann sind ertrunken.

— Handgranatenunglück in Hannover. Die unabhängigen Sozialdemokraten hatten für Sonntag zwei Versammlungen in Hannover einberufen, die vom Polizeipräsidenten verboten wurden. Die Sicherheitswehr war mit voller Ausrüstung zur Absperrung der Straßen angerückt. Als bei der Heimkehr der Mannschaften nach der Kaserne die Beamten vom Lastauto absprangen, explodierte plötzlich eine Handgranate. Hierbei wurde ein Mann getötet und fünf verletzt.

— Hilferuf eines brennenden Dampfers. Ein am Vormittag des 18. Januar in Halifax aufgenommener Hilferuf meldet, daß auf dem Dampfer „Powhatan" auf 51 Grad nördlicher Breite und 26 Grad westlicher Länge eine Feuersbrunst ausgebrochen ist. Die „Cedric" meldet, daß sie in früher Abendstunde an Ort und Stelle einzutreffen hofft. An Bord des brennenden Dampfers befinden sich 500 Passagiere.

Neueste Nachrichten.

Das Hochwasser.

Wittenberg, 21. Januar. Das Wasser der Elbe steigt gefahrdrohend. Gestern früh war der Wasserstand 5,17 Meter und dürfte wahrscheinlich bis 6,70 Meter steigen. Die Deichhöhe ist 7 Meter. Der Dampferverkehr ist eingestellt. Die untere Elbbrücke ist unpassierbar.

Folgen des Hochwassers.

Magdeburg, 21. Januar. Durch den Bruch des alten Elbdeiches bei Niegripp ist das Dorf Niegripp so stark gefährdet, daß die Räumung des Ortes erfolgen mußte. Der Strom hat sich zwischen Hohenwarthe und Niegripp einen neuen Weg gebahnt und bedroht jetzt die ganze Niederung rechts der Elbe. Von Magdeburg ist das Pionierbataillon Nr. 4 zur Hilfeleistung in die bedrohten Ortschaften abgegangen. Die Lage ist sehr kritisch.

3320 Millionen für die bayerischen Eisenbahnen gefordert.

München, 21. Januar. Die finanziellen Verhandlungen über die Verreichlichung der deutschen Staatsbahnen haben begonnen. Bayern verlangt für seine Eisenbahnen mit allem Zubehör 3320 Millionen Mk. Das Reich soll als Gegenleistung für die bayerischen Staatsbahnen die gesamte bayerische Staatsschuld in Höhe von 3320 Millionen Mark übernehmen.

Schweres Bergunglück.

Paris, 21. Januar. Infolge Wellenbruchs stürzte in einem Bergwerk bei Anzin ein Korb mit 20 Bergleuten in die Tiefe. Die Zahl der Opfer steht noch nicht fest.

Eingesandt.

Am Montag, den 19. Januar tagte im evang. Vereinshaus eine Versammlung der „Ev. Schulvereinigung", die den Zweck hatte, zu der Wahl der Elternbeiräte Stellung zu nehmen. Ein Redner versuchte, die Aufgaben der Elternbeiräte zu erläutern. Ein zweiter Redner wollte dasselbe tun, was aber einem Teil der Besucher nicht zu behagen schien. Anstatt nun diesen Redner ruhig sprechen zu lassen und ihm dann sachlich entgegen zu treten, was bei Leuten, die ein wenig Anstand und Bildung besitzen, wohl üblich ist, fing man an zu trampeln, pfeifen und johlen, ja einer der Herrschaften wollte seine christliche Nächstenliebe dadurch zum Ausdruck bringen, daß er seinem Nächststehenden zurief: „Haut dem K. in die Fresse!" Wir sind von den Verfechtern der christl. Lehre in der Schule an manches gewöhnt, aber was wir da erleben mußten, das übersteigt alles bisher dagewesene. Wir sind Anhänger der „Religionslosen Schule", nehmen es aber keinem übel, wenn er anderer Ansicht ist. Wir stellen uns die Aufgabe der Elternbeiräte so vor, dafür zu sorgen, daß die Kinder zu ordentlichen und tüchtigen Menschen erzogen werden, das denken wir auch ohne Religionsunterricht zu erreichen. Daß man das aber trotz Religion nicht immer erreicht, hat die Versammlung genügend bewiesen. Wir werden nicht nachlassen, für unsere Ansichten einzutreten, aber mit rechten Mitteln, aber auf das Gebiet des Schreiens und Johlens folgen wir unsern christlichen Freunden nicht, das verbietet uns Anstand und Bildung. Daß wir unser Ziel recht bald erreichen werden, dafür sorgen schon die Anhänger der Religion in der Schule, und wir sind überzeugt, daß die besagte Versammlung uns einen Riesenschritt unserm Ziele näher gebracht hat. Wir sind deshalb unsern christl. Freunden nicht böse, wir haben recht tiefes Mitleid mit ihnen.

Mehrere Versammlungsbesucher.

* * *

Traurige Zustände auf der Schneer Kohlenstraße.

Im Auftrage der Einwohner auf dem Schnee führe ich Beschwerde. Wir sind es leid, uns als Menschen 2. Klasse behandeln zu lassen. Wir fühlen diese Behandung durch die Nichtachtung unserer Wünsche, die Kohlenstraße einer gründlichen Ausbesserung zu unterziehen. Was bis jetzt durch drei alte Männer geschaffen worden ist, ist für die Katze. Wird in diesem Tempo weiter „gearbeitet", dann erleben wir die Fertigstellung nicht mehr.

Infolge der überaus schlechten Straße haben wir sehr hohe Fuhrlöhne zu zahlen; in den allermeisten Fällen bedankt man sich für die Fuhren nach dem Schnee.

Menschen und Vieh leiden unter diesen Verhältnissen. Und abends ist der Weg nicht zu passieren.

Mehrere Einwohner vom Schnee.
A. Herentbei.

Der Frieden!

Er kam! Nun ist es wirklich wahr,
Ihr lieben Volksgenossen!
Er ist am 10. Januar
Definitiv geschlossen.
Doch kam er ohne Sang und Klang,
Noch ist das Herz so schwer und bang,
Man sieht nicht den Beglücker,
Man fühlt nur den Bedrücker!

Der Frieden kam, doch ist er nie
So kalt begrüßt wie heute;
Er kam, doch fragt mich nur nicht, wie,
Ihm klingt kein Festgeläute!
Denn, was der Frieden wirklich bringt,
Dem Volk, das um sein letztes ringt,
In diesen Schicksalstagen,
Das ist nicht zu ertragen.

Wir tragen, was zu tragen ist
Und müssen drein uns schicken,
Doch muß der größte Optimist
Schwarz in die Zukunft blicken.
Wie stehen an des Abgrunds Rand,
Bös schaut es aus im deutschen Land,
Fort schreitet das Verhängnis
Und bringt uns in Bedrängnis.

Die inner'n Unruh'n nehmen zu
Und legen uns in Ketten,
Sie stören weiter unf're Ruh,
Nur Frieden kann uns retten.
Die Nationalversammlung tagt,
Es wird manch heftig Wort gesagt,
Sie hat jetzt ihre Plage
Mit der Betriebsratfrage.

Ein neu Gesetz ist vorgelegt
Für alle Bundesstaaten,
Wer fleißig seine Hände regt
Hat künftig mitzuraten.
Bestimmend wirkt der Mann der Tat
Und wird er nicht Kommerzienrat,
Kann er auf dieser Erden
Doch mal Betriebsrat werden!

Und höher werden eingeschätzt,
Die arbeitsfroh sich rühren;
So möge das Gesetz uns jetzt
Auch zu dem Ziele führen;
Da jeder Kampf ein Ende nahm
Und der ersehnte Friede kam,
Der die erregten Streiter
Zur Eintracht führt. Ernst Heiter.



Auskunft durch AMBI-Zweigstelle Cöln-Lindenthal 48, Geibelstr. 12

Bekanntmachung.

Durch Beschluß des Kreisausschusses Hörde vom 15. Januar 1920 sind die in der Gebührenordnung für Bezirksschornsteinfeger vom 28. Juli 1919 festgesetzten Gebühren ab 1. Januar 1920 um 50 Proz. erhöht worden.

Annen, den 20. Januar 1920.

Die Polizei-Verwaltung
Boetticher.

Haben Sie
Hannemann
schon gesehen?

Wer zahlt die höchsten Preise für Felle?
Zahle für
große Ziegenfelle bis 100 Mk., Kalbfelle a Pfd. 18 Mk., Fuchsfelle nicht gegerbt 300—375 Mk., Marderfelle nicht gegerbt 350 Mk., Rehfelle 30 Mk., Iltisfelle nicht gegerbt 50—60 Mk., Kaninchenfelle 5—6 Mk. Hasenfelle 10 Mk., Hundefelle 8 Mk., Katzenfelle 8 Mk., Kuhhäute Pf. d 11 Mk., Roßhäute 300—400 M.
Weinberg,
Ziegenhandel,
Witten, Hellenstr. 1. 4. St.

Eine gebrauchte
Zinkbadewanne
wird zu kaufen gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Ztg.


Ein Transport
Schweine
angekommen.
Joh. Bisdorf
Bergstraße 1.

Ratten u. Mäuse
vernichtet man am sichersten durch meine patentierten Präparate die fertig zum Auslegen u. für andere Tiere unschädlich sind. Erfolg wird garantiert. Gegen Ratten Mk. 4.—, gegen Mäuse Mk. 4.— per Karte.
W. Willeke, Lehrte
bei Hannover.

Den geehrten Bewohnern von **Annen und Umgebung** zur gefälligen Kenntnisnahme, dass ich in **Annen, Märkischestrasse 1** (neben der Post) eine

Zahnpraxis

eröffnet habe.

Carl Hurlbrink,
Dentist.

Aus dem Krankenhause entlassen, habe ich

meine Tätigkeit

wieder aufgenommen.

O. Schultze
Rechtsanwalt und Notar,
Witten, Körnerstr. 11.

Schauburg

Witten, Ruhrstrasse.

Jeder renne, was er kann,
Zur Aufführung von Hannemann!

Du lachst dich tot,
Du amüsierst dich köstlich,
Du staunst über die Filmoperette

Hannemann

ach

Hannemann

6 Sänger und Sängerinnen.
Die beste Operette, die bisher erschienen ist.

Außerdem:

Taumel.

Ein Filmschauspiel nach dem vielgepriesenen Roman von **Paul Langenscheidt**

Das Doppelleben einer jungen Frau
in 6 Akten.

Der verschwundene Pokal.
Eine Satire in 2 Akten.

Die Generalversammlung

des

Landwirtschaftl. Kreisvereins Hörde

am Freitag, den 23. dss. Mts. nachm. 3½ Uhr findet nicht im Hotel „Zur Post", sondern im **Stiftshof** (früher Bergmann) statt.



Empfehle nach wie vor täglich
dickes fettes Fleisch,
Stücke nach Wunsch, sowie
ff. Wurstwaren.

Rossschlachterei Feldheim
vorm. Rasche,
Witten, Johannisstraße 16.

Abreiss-Kalender

vorrätig bei

Fritz Küching, Buchhandlung.



Hanf- und Papierbindfaden u Kordel, Schnürfaden, Sattlergarn, Möbelgurte Jalousiegurte Rolladengurte, Sellerwaren, Dichtungshanf, Wäscheleinen, Draht- und Hanfseile

W. Schulze-Vellinghausen
(Inh. Heinr. Puth u. Wilh. Freesen)
Draht- und Hanfseilfabr. Hanfspinnerei,
Fernruf 1004 **Witten** Fernruf 1004
Verkaufsabt.: Hauptstraße 33,
Fabrik und Lager: Bruchstraße 20

Oeffentliche Aufforderung

an die evangelische Schulvereinigung und die Anhänger der konfessionellen Volksschule.

Samstag, den 24. Januar nachmittags 6 Uhr findet im Union-Restaurant (Heiming) Wittenerstr 21 eine große

Kundgebung

statt. Alle Teilnehmer der Versammlung am Montag, den 19. Januar im evang. Vereinshause sind hiermit aufgefordert, ihr Verhalten zu rechtfertigen

Die beiden Soziald. Parteien von Annen.

Koch's Sprachführer.

Deutsch, Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch, Holländisch, Dänisch, Norwegisch, Schwedisch, Böhmisch, Ungarisch, je 2.20 M. Portugiesisch, Polnisch, Russisch, Neugriechisch, Türkisch, Arabisch, Togo je 3 M. Persisch, Suahili je 4 M, Japanisch 5 M, Chinesisch 6 M. Sämtlich gebunden. Dieselben enthalten unter steter Berücksichtigung der Aussprache vielseitige Gespräche für Umgang. Geschäftsverkehr und Reise, kurzgefaßte Grammatik, Wörtersammlungen und Leseübungen.

Dresden und Leipzig. **E. A. Koch's Verlag.**

Männer-, Frauen- u. gemischte Chöre.
Moderne Musik
Theaterliteratur
Humuristika.

Josef Günther, Dresden-A. X
Buch-, Musikalien- und Theaterbuchhandlung.
Kataloge gratis und franko.

Empfehle mich zur Lieferung von



Särgen

in jeder Holzart zu äußerst billigen Preisen.

Emil Melches, Annen
Annener Möbelfabrik und Sarglager
Wittenerstr. 25.

Schauburg

Ruhrstraße Witten Ruhrstraße

Samstag

vollständig

neues Programm

Die Meggendorfer-Blätter

sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie

Viertelj. 13 Nrn. nur M. 5.–, bei direkt. Zusendung wöchentl. vom Verlag M. 6.–, durch ein Postamt M. 5.25.

Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Am besten unterrichtet über den Inhalt ein Probeband, der 5 Nummern enthält und bei jeder Buchhandlung nur Mk. 1.20 kostet. Gegen weitere 30 Pfg. für Porto auch direkt vom Verlag, München, Perusastr. 5 zu beziehen.

Landwirtschaftl. Lokal-Verein Annen.

Generalversammlung

am Samstag, den 24 d. Mts., abends 8 Uhr La Bonte

Tagesordnung:
1. Rechnungslage.
2. Wahl des Vorstandes.
3. Umsatzsteuer betr.
4. Besprechung über Aenderung der Statuten.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand:
Bonnermann.

Junges Mädchen
18 Jahre, **sucht Stelle** auf halbe Tage.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle

Nußkohlen, Koks, Anthrazit
empfiehlt
Heinrich Specht

Bekanntmachung.

Amtsbezirk Kirchhörde.

Ausgabe von Lebensmitteln im Amt Kirchhörde für die Woche vom 18. bis 24. Januar 1920.

Ausl. Margarine 100 Gr. pro Person 6,50 *M* per Pfd. Sago 40 Gramm pro Pers. 0,92 *M* per Pfd. Nudeln 100 Gr. pro Person 1,18 *M* p. Pfd. Hülsenfrüchte (als Fleischersatz) 50 Gr. pro Person 1,50 *M* per Pfd. Erbsen 125 Gr. pro Person 3,30 *M* per Pfd. Suppenmehl 125 Gr. pro Person 0,90 *M* per Pfd. Syrup 250 Gr. pro Person 4,00 *M* per Pfund.

Hombruch, den 20. Januar 1920.

Der Amtmann: Müller.

Central-Theater, Annen

Programm

für Samstag, den 24. bis Montag den 26. Januar.

Mit großer Mühe und vielen Unkosten ist es uns gelungen, die Fortsetzung des hier mit so großem Beifall aufgenommenen Schauspiels

„Verlorene Töchter" 2. Teil

genannt: „Opfer der Schmach" und „Die rote Laterne" in 6 Akten zu erhalten. Eine Kultur-Tragödie. Regie: „William Kahn" mit der Lied-Einlage: „Frühlingshoffen". Sämtliche Rollen sind nur von ersten Künstlern u. Künstlerinnen besetzt. Auch dieser 2. Teil wird hier großen Andrang finden. Zur Ausfüllung gelangt ein schön gewähltes Beiprogramm zur Vorführung.

Ab Dienstag, den 27. Januar erscheint:

„Lilli" 2. Teil.

Goldwaren und Schmucksachen.

Moderne Colliers, Medaillons, Anhänger in jeder Art, Damen- u. Herrenringe in den modernsten Formen, **Broschen und Ohrgehänge, Armbänder, Kreuze, Vorstecknadeln, Damen- u. Herrenuhrketten** in 10 versch Qual., **Brillant-Ringe, Brillant-Broschen, Brillant-Ohrgehänge etc.**
Sehr große Auswahl! Billigste Preise!

A. Eick & Comp.
Balkenstraße 36—38 **Dortmund** Balkenstraße 36—38
beim Bezirks Kommando.

Tägliche Rundschau

Unabhängige Zeitung für nationale Politik
Berlin SW. 68.

Dem Vaterlande, nicht der Partei!

Was auch die Zeit dem Deutschen Reiche bringen mag, stets wird dies unser Wahlspruch bleiben. Wir werden weiter mannhaft für das Bestehen des deutschen Vaterlandes und seiner Kulturgüter kämpfen und für die Förderung der für seinen Wiederaufbau notwendigen Lebensbedingungen eintreten. Das deutsche Geistesleben, Kunst und Wissenschaft, werden durch unsere bekannte tägliche Unterhaltungsbeilage gepflegt, deren führende Stellung von der gesamten deutschen Presse anerkannt ist. Ausgabe morgens und abends. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen.

Bezugspreis frei Haus monatlich M. 4,50 und 65 Pf. Bestellgeld, vierteljährlich M. 13,50 und 1,95 M. Bestellgeld. **Der erste Monat wird zur Probe zum Vorzugspreis von M. 3,— frei Haus geliefert.** Bestellungen hierauf sind nur an die Vertriebsabteilung der „Täglichen Rundschau", Berlin SW. 68, Zimmerstraße 5/8, zu richten.

Petroleum
zu haben bei
S. Lindenbaum Söhne, Witten.

Landwehr- u. Krieger-Verein, Annen.

Sonntag, 25. Jan nachm 5 Uhr im Lokal La Bonte

Jahres- und Haupt-Versammlung.

Tagesordnung:
Zahlung der Beiträge.
Jahresbericht.
Rechnungslegung.
Aufnahme neuer Mitglieder.
Vorstandswahl.
Wahl des Rechnungsausschusses.
Wahl der Fahnenträger und Fahnenbegleiter.
Wahl des Vereinslokals.
Verschiedene Vereinsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen der Kameraden zu dieser wichtigen Versammlung wird noch besonders ersucht. Neuanmeldungen nehmen die Vorstandsmitglieder und Vereinskameraden jeder Zeit entgegen.

Der Vorstand.

Unterröcke

in Seide, Wolle und Waschstoffen, weiße

Stickerei-Unterröcke

in reichhaltiger Auswahl am Lager. In Stoffe, beste Verarbeitung.

Blank,
Witten am Markt.

Evang. gut empfohlenes

Zweitmädchen

für herrschaftl. Haushalt nach Dortmund gesucht. Näheres **Bismarckstr. 44 Annen.**

Eine Brille
gefunden
Abzuholen **Südstr. 19.**





Hund,
Dackel, weiße Brust, Sammethalsband tragend, gestern abend nach 6 Uhr entlaufen.
Bismarckstr. 12.

Zahle hohe Preise für **gebr. Möbel, Herde, Sofas, sowie ganze Haushaltungen.**
Joh. Hammes, Witten, Augustastr. 7. Karte genügt.

Witten.

Normal-Hemden
16.75, 19.75 M.

Unterhosen
16.50. M.

Blank,
Witten am Markt.

Petroleum
zu haben bei
S. Lindenbaum Söhne,
Witten.

Landwehr- u. Krieger-Verein, Annen.
Sonntag, 25. Jan
Uhr im Lokal
Bonte
Jahres- und
Haupt-Versammlung.
Tagesordnung:
Zahlung der Beiträge.
Kassenbericht.
Rechnungslegung.
Aufnahme neuer Mitglieder.
Vorstandswahl.
Wahl des Rechnungsausschusses.
Wahl der Fahnenträger und Fahnenbegleiter.
Wahl des Vereinslokals.
Verschiedene Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen der Kameraden zu der wichtigen Versammlung wird noch besonders gebeten. Neuanmeldungen nehmen die Vorstandsmitglieder und Vereinskameraden jeder Zeit entgegen.
Der Vorstand.

Unterröcke
in Seide, Wolle und Waschstoffen, weiße
Stickerei-Unterröcke
in reichhaltiger Auswahl am Lager.
Neuheiten, Stoffe, beste Verarbeitung.
Blank,
Witten am Markt.

Ein gut empfohlenes
Hausmädchen
mit herrschaftl. Haushalt
nach Dortmund gesucht.
Näheres Bismarckstr. 44
bei Witten.

Eine Brille
ist gefunden
abzuholen Südstr. 19.

Krebs-Fett
Das ist's
das altbewährte
Schuh- und Lederfett
gelb und schwarz

Hund,
Dackel, weiße
Sammethalsband
entlaufen, gestern abend
Uhr entlaufen.
Bismarckstr. 12.

Wir liefern hohe Preise für
Möbel, Herde,
sowie ganze
Haushaltungen.
Hammes, Witten,
Bismarckstr. 7. Karte genügt.

Witten.
Normal-Hemden
.75, 19.75 M.
Unterhosen
16.50 M.
Blank,
Witten am Markt.

Was will die Deutsche Volkspartei?

Deutsches Wesen pflegen und ihm wieder Achtung in der Welt erringen.

Daher fordert und erstrebt sie:

a. in staatlicher Hinsicht

1. **eine starke, festgefügte Staatsgewalt** — gestützt auf die unerläßlichen Machtmittel — **nach innen und außen;**
2. Völkerversöhnung — aber Gleichberechtigung auch für uns;
3. **einen deutschen Einheitsstaat** und **Wiederaufrichtung des deutschen Kaisertums** als geschichtliches Sinnbild dieser Einheit — keine vorherige Zertrümmerung Preußens;
4. **verfassungsmäßige Volksregierung — aber keine Sicherung der „Parteikrippe"** — Schutz und Freiheit jeder Persönlichkeit — freiheitliche, sachkundige Verwaltung durch ein tüchtiges, unparteiisches, nur durch Richterspruch absetzbares Beamtentum;
5. **deutsches Familienleben, deutsche Bürgerart** — kein uns wesensfremdes Weltbürgertum — Zurückdrängung undeutscher Einflüsse im Vaterlande;
6. Würdigung und Pflege der **deutschen Frauenart** bei Gleichberechtigung der Geschlechter;
7. **einheitliche Schulbildung** mit vielgestaltetem Aufbau **auf deutscher** und **christlicher** Grundlage;
8. volle Gewissensfreiheit — Gleichberechtigung und **Selbstverwaltung der Kirchen** und Religionsgemeinschaften;
9. Freiheit der Presse, Freiheit der Kunst — aber Schutz vor Schmutz in Wort und Bild;

b. in wirtschaftlicher Hinsicht

10. **freie Entfaltung der Kräfte** im Rahmen des Volksganzen — **keine unnötige Zwangswirtschaft, keine schädliche Sozialisierung,** Schutz des gerecht erworbenen Privateigentums, Beibehaltung des Familien-Erbrechts;
11. **den Wirtschaftsfrieden — Ueberwindung der sozialen Gegensätze durch Arbeitsgemeinschaft und Wirtschaftsfrieden** unter allen Schaffenden — einen fachlichen Reichswirtschaftsrat neben dem politischen Parlament;
12. Gleichberechtigung und freie Mitwirkung der **Angestellten und Arbeiter** — volle Koalitionsfreiheit — Erweiterung der sozialen Fürsorge — Schutz der geistigen Arbeit und der freien Berufe;
13. großzügige Förderung der deutschen **Landwirtschaft** — erneuten Aufschwung der deutschen **Industrie** — Wiederbelebung des deutschen **Handels** — umfassende Hilfe für **Handwerk, Kleingewerbe** und **Mittelstand;**
14. unablässigen Ausbau des deutschen Verkehrsnetzes — Wiederaufbau einer deutschen Ueberseeflotte — (Wiedereinführung der ruhmvollen schwarz-weiß-roten Reichsfarben) — Wiedererwerb von Kolonien;
15. **gemeinnützige Bodenpolitik,** gesundheitlichen Wohnungsbau und Wohnungspflege;
16. Wiedergesundung der öffentlichen Finanzen in Staat und Gemeinden durch straffe Ordnung und Sparsamkeit — **gerechte Steuerpolitik;**
17. tatkräftigen Dank und warmherzige Fürsorge für alle **Krieger und ihre Familien** — Schutz der Kriegsanleihe.

So will die Deutsche Volkspartei alle sammeln, die entschieden national, liberal und sozial denken.

Vorwärts für Deutschland!

Grundsätze der Deutschen Volkspartei.

Beschlossen auf dem Parteitage in Leipzig am 19. Oktober 1919.

Deutsches Wesen besteht von alters her in dem Streben nach freier Entfaltung des einzelnen und seiner Eigenart im Rahmen der vom Gemeinsinn beherrschten Volksgesamtheit. Deutsches Wesen zu pflegen und ihm Geltung und Achtung in der Welt zu erringen, ist das Bestreben der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei vertritt daher auf der Grundlage nationaler Staatsgesinnung die Vertiefung und Aussöhnung der liberalen und sozialen Gedanken. Sie ruft alle geistigen und sittlichen Kräfte des deutschen Volkes auf zur Mitarbeit an einer inneren Erneuerung von Volksleben und Staat auf Grund voller Gleichberechtigung, ernster Pflichterfüllung und echter Liebe zum Vaterlande.

I. Vom Staatswesen.

1. Staatsgewalt.

Eine starke, festgefügte Staatsgewalt — gestützt auf sorgsame Pflege staatsbürgerlichen Pflichtbewußtseins, letzten Endes aber auch auf die unerläßlichen Machtmittel — ist die erste Voraussetzung für eine gedeihliche Entfaltung der deutschen Volkskraft nach außen und innen. Je geringer die Machtmittel des Reiches sind, um so notwendiger ist es, das Pflichtbewußtsein gegen den Staat bis zum Tode, die Manneszucht und Kameradschaft, die Grundpfeiler, auf denen unser deutsches Volksheer aufgebaut war, im deutschen Volke lebendig zu erhalten. Dafür wird die Deutsche Volkspartei allezeit eintreten.

Sie fordert volle politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger, sie erblickt aber in der freiwilligen, vertrauensvollen Gefolgschaft, die das Volk seinen selbstgewählten Führern leistet, eine wesentliche Vorbedingung für Deutschlands Freiheit und Aufstieg. Sie wird diese Gesinnung besonders pflegen.

2. Stellung nach außen.

Wie für den einzelnen in der Volksgemeinschaft, so verlangt die Deutsche Volkspartei für das deutsche Volk im Kreise der Völker die ihm gebührende Achtung und Freiheit der nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Sie erstrebt eine politische und wirtschaftliche Völkerversöhnung, hält diese aber für unmöglich, solange die Ehre des deutschen Volkes von unseren Feinden zertreten, eine Vereinigung aller Deutschen, die von uns gerissen sind oder sich zum Reiche bekennen, einschließlich der österreichischen Deutschen, verhindert und der uns aufgezwungene Gewaltfriede aufrechterhalten wird.

Unsere auswärtige Politik bedarf einer umsichtigen, zielbewußten und sachkundigen Leitung. Der auswärtige Dienst ist umzugestalten; unsere Vertreter im Ausland sind allein nach dem Gesichtspunkt der Tüchtigkeit so auszuwählen, daß sie auf Grund enger Beziehungen zum Auslandsdeutschtum und zu den maßgebenden Kreisen des Auslandes, insbesondere der ausländischen Presse, unsere Politik, unseren Handel und unsere Industrie erfolgreich zu unterstützen vermögen.

An der geistigen und sittlichen Hebung der auf niedriger Kulturstufe stehenden Völker mitzuarbeiten, ist auch das deutsche Volk berechtigt.

3. Staatsform.

Die Deutsche Volkspartei wird den Wiederaufbau des Reiches mit allen Mitteln fördern. Daher wird sie im Rahmen ihrer politischen Grundsätze auch innerhalb der jetzigen Staatsform mitarbeiten.

Die Deutsche Volkspartei fordert den deutschen Einheitsstaat mit weitgehender Selbstverwaltung und Sicherung der Eigenart der einzelnen geschichtlich, kulturell und wirtschaftlich zusammenhängenden Landschaften. Solange sich aber nicht alle deutschen Länder gleichmäßig dem deutschen Einheitsstaat einfügen, wird die Deutsche Volkspartei sich jedem Versuch einer Zertrümmerung Preußens widersetzen.

Wir fordern die Wiederherstellung der ruhmvollen schwarz-weißroten Reichsfarben.

Die Deutsche Volkspartei erblickt in dem durch freien Entschluß des Volkes auf gesetzmäßigem Wege aufzurichtenden Kaisertum, dem Sinnbild deutscher Einheit, die für unser Volk nach Geschichte und Wesensart geeignetste Staatsform.

Verantwortliche Mitarbeit der Volksvertretung an der Regierung ohne Ausbeutung der jeweiligen Parteimacht gilt uns als wesentliche Grundlage jeder Verfassung.

4. Verwaltung und Rechtspflege.

Die Deutsche Volkspartei verlangt eine zeitgemäße Neugestaltung und Vereinfachung der Reichsverwaltung auf freiheitlicher Grundlage mit weitgehender Selbständigkeit der einzelnen Behörden. Sie fordert die Ausgestaltung des Rechtsschutzes in der Verwaltung in allen Stufen kommunaler Gemeinschaft. Bei den Verwaltungsgeschäften sind alle Volkskreise zu verantwortlicher Mitarbeit heranzuziehen. Diese Mitarbeit ist eine Ehrenpflicht, für deren Erfüllung nur die tatsächlichen Aufwendungen zu erstatten sind.

In einer unabhängigen, lediglich auf Gesetz und Gerechtigkeit gegründeten Rechtspflege erblickt die Deutsche Volkspartei den Grundpfeiler staatlicher Ordnung. Der Richterstand ist aus dem übrigen Beamtenkörper herauszulösen und vor Einflüssen der jeweiligen Regierung sicherzustellen. An der Unabhängigkeit der Richter ist festzuhalten; ihre Berufung durch Wahl ist zu verwerfen. Bei schweren Eingriffen in die Rechte und Interessen des einzelnen muß, auch gegenüber demokratischen Mehrheitsbeschlüssen, die Anrufung des unabhängigen Richters gewährleistet werden.

Die Deutsche Volkspartei erstrebt eine gemeinverständliche Gesetzessprache, eine Vereinfachung, Verbilligung und Beschleunigung des Rechtsganges und weitgehende Beteiligung der Laien an der Urteilsfindung. Die Neugestaltung des Strafrechtes und des Prozeßrechtes ist zu beschleunigen. Sondergerichte sind möglichst zu vermeiden.

5. Beamte.

Die Deutsche Volkspartei vertritt mit aller Entschiedenheit den Standpunkt, daß ein geordnetes Staatswesen für die Lösung seiner Aufgaben eines in der erforderlichen Weise praktisch, theoretisch und wissenschaftlich vorgebildeten Berufsbeamtentums als eines festen Rückgrates unbedingt bedarf.

Zur Erhaltung und Fortentwicklung eines tüchtigen, leistungsfähigen Beamtentums erhebt sie folgende Forderungen:

Unkündbare, lebenslängliche Anstellung der Beamten lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und religiöses Bekenntnis, nach kurzer Wartezeit mit Anspruch auf Gehalt, Ruhegehalt, Hinterbliebenenbezüge und Urlaub, sowie dauernde Sicherung dieser Grundrechte der Beamten durch die Verfassung;

Schutz für den gelehrten Arbeiter, besonders in der Rechtspflege, der Lehrtätigkeit und Seelsorge;

Erleichterung des stufenweisen Aufstiegs für Persönlichkeiten von anerkannter Tüchtigkeit ohne Rücksicht auf die Art der Aneignung der erforderlichen Fachkenntnisse, auf Parteirichtung und Vermögenslage;

Beschränkung der Neubesetzung von Beamtenstellen infolge eines Wechsels der parlamentarischen Regierung auf leitende politische Stellungen und ausreichende, durch Gesetz festzusetzende Entschädigung der aus dem Amte Scheidenden;

Besoldung, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge, die der Ausbildung und der Stellung der Beamten entsprechen, den jeweiligen Teuerungsverhältnissen angepaßt sind und mit dem Einkommen gleichartiger Volksschichten im Einklange stehen, sowie eine Neugestaltung des Wohnungsgeldzuschusses mit besonderer Berücksichtigung der kinderreichen Familien;

Weiteren Ausbau der Beamtenrechte durch ein besonderes Beamtengesetz, welches die völlige politische und außerdienstliche Freiheit und die Mitwirkung an der Gestaltung der Stellung und des Wirkungskreises der Beamten durch Beamtenausschüsse und Beamtenkammern und ihre Fachverbände sicherstellt;

Unbedingte Aufrechterhaltung des Staatsbürgerrechts, des Versammlungs-, Vereins- und Vereinigungsrechts und Gewährung des

grundsätzlichen Rechts der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift;

Verbesserung des Dienststrafverfahrens, insbesondere durch Einfügung der Berufung, der Wiederaufnahme und der Besetzung eines Teiles des Gerichtshofes mit Beamten vom Range und dem Dienstzweige des Angeschuldigten;

Völlige Gleichstellung der Lehrer und Gemeindebeamten in materieller und rechtlicher Hinsicht mit den Staatsbeamten.

6. Volkstum und Familie.

Die Not der Zeit, die Bedrückung durch unsere Feinde, der Haß und die Verleumdung, die dem deutschen Volke überall begegnen, machen es besonders notwendig, daß das deutsche Volk seiner völkischen Eigenart bewußt wird und alle geistigen und sittlichen Werte, die in ihm liegen, herausarbeitet. Dazu will die Deutsche Volkspartei nach Kräften mitwirken. Dagegen bekämpft sie alle Zersetzungsbestrebungen, die an Stelle des Bekenntnisses zum nationalen Staat und zum deutschen Volkstum das Weltbürgertum setzen wollen. Sie verwirft alle Bestrebungen, die unser deutsches Empfinden zurückdrängen wollen zugunsten internationaler, uns wesensfremder Auffassungen. Der sittliche und wirtschaftliche Wiederaufbau unseres Volkes kann nur gelingen, wenn wir zurückkehren zu den alten Grundsätzen von Treue, Ehrlichkeit, Unparteilichkeit und Unbestechlichkeit im öffentlichen Dienst, in Handel und Wandel. Alle anders gearteten Gesinnungen bekämpft die Deutsche Volkspartei, gleichviel, von welcher Seite sie kommen.

Einem auf unser Volkstum und Staatsleben zersetzend wirkenden Einfluß des Großkapitals, wie er bei demokratischer Staatsform zu befürchten ist, muß scharf entgegengetreten werden.

Die tiefste Quelle unserer Volkskraft liegt in der deutschen Familie. Je mehr die Schule unter Einflüsse kommt, die dem deutschen Wesen fremd sind, um so kräftigeren Rückhalt muß die Pflege deutscher Geschichte und deutscher Vaterlandsliebe in der Familie finden. Alles, was zum Schutz und zur Stärkung der Familie, insbesondere auch durch Boden-, Wohnungs- und Steuerpolitik getan werden kann, wird durch die Deutsche Volkspartei tatkräftigste Förderung erfahren.

7. Bevölkerungspolitik.

Die Volksgesundheit, leiblich und sittlich, zu pflegen und zu fördern, ist der Deutschen Volkspartei ernste Pflicht. Sie will das deutsche Volk deutsch erhalten und bekämpft daher insbesondere die seit der Revolution eingetretene Ueberflutung Deutschlands durch fremdstämmige Personen.

Die Auswanderung von Deutschen gilt ihr als Verlust deutscher Volkskraft und deutschen Volksvermögens. Soweit sie nicht zu verhindern ist, sind die Auswanderer sachgemäß zu beraten und so zu leiten, daß sie ihr Deutschtum und den Zusammenhang mit der Heimat behalten.

8. Auslandsdeutschtum.

Für die deutschen Minderheiten in fremden Staaten fordert die Deutsche Volkspartei das Recht auf Wahrung ihres Volkstums.

Die Pflege der Kulturgemeinschaft mit den Auslandsdeutschen als den Vertretern des deutschen Gedankens, den Vorkämpfern für die Achtung des gesamten Deutschtums und den Pionieren des deutschen Handels gehört zu den vornehmsten Aufgaben des Reiches. Insbesondere sollen die gegen ihren Willen von uns losgerissenen Volksgenossen mit dem deutschen Volke geistig fest verbunden bleiben.

9. Frauenfrage.

Die Deutsche Volkspartei tritt ein für die politische, wirtschaftliche und rechtliche Gleichstellung der Geschlechter. Sie fordert Zulassung der Frauen zu allen Aemtern und Stellen unter Voraussetzung vollwertiger Vorbildung, die zugleich Vorbedingung wird für die Frauen zu dem Aufstieg bis in die höchsten Stellen.

Das Wirken der Frau als Mutter und Erzieherin der kommenden Geschlechter, als Leiterin des Hauswesens und als Mitarbeiterin und Mitkämpferin im sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben findet weitgehende Würdigung und Unterstützung bei der Deutschen Volkspartei.

10. Schule und Volksbildung.

Die Deutsche Volkspartei fordert die nationale Einheitsschule. Auf einer allgemeinen Grundschule soll sich ein reichgegliederter und vielgestaltiger Aufbau des deutschen Schulwesens erheben, dessen einzelne Teile unter sich eng verbunden sind, so daß sich dem Tüchtigen ohne Unterschied des Geschlechts, des Standes und des Besitzes vielfache Aufstiegsmöglichkeiten bieten und deutsches Geistesleben sich in seiner ganzen Mannigfaltigkeit entfalten kann. Dabei ist der Zusammenhang mit den Grundlagen deutscher Kultur, insbesondere dem Christentum, zu bewahren. Die Deutsche Volkspartei fordert deshalb auch die Beibehaltung des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen nach den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften unter Wahrung voller Gewissensfreiheit.

Bei der Einrichtung der Volksschule ist auf die geschichtliche Entwicklung und auf den Willen der Erziehungsberechtigten Rücksicht zu nehmen. Je nachdem diese es fordern, ist sie simultan oder konfessionell zu gestalten. Das höhere Schulwesen ist unter Berücksichtigung der neueren Bildungsaufgaben im Anschluß an die geschichtlich gewordenen Formen zu entwickeln. In diesen Aufbau des nationalen Bildungswesens sind alle Fach- und Fortbildungsschulen einzugliedern.

Den privaten Schulen ist unter staatlicher Aufsicht freie Betätigung zu gewährleisten.

Einschließlich des Besuches der Berufs- und Fortbildungsschulen dauert die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr.

Das gesamte Schulwesen steht unter staatlicher Aufsicht, die von Fachleuten ausgeübt wird.

In allen Schulen soll ein Geist der Freiheit, der Arbeitsfreude und der Selbstverantwortlichkeit walten, soll den Lehrern und Eltern ein Mitbestimmungsrecht gewährt und die Gewissensfreiheit geachtet, aber die nationale Bildungseinheit und das nationale Bildungsziel gesichert werden. Staatsbürgerliche Gesinnung zu erwecken, echte Vaterlandsliebe und den Stolz auf die geschichtliche Größe des deutschen Volkes zu pflegen, ist eine der höchsten Aufgaben aller deutschen Schulen.

Die Lehrerbildung ist aus ihrer Sonderstellung zu lösen und in den großen Zusammenhang des gesamten nationalen Bildungs- und Erziehungswesens einzufügen.

Den Abschluß der verschiedenen Bildungswege sollen mannigfache Arten von Hochschulen bilden, zu deren Besuch ein entsprechender Befähigungsnachweis Vorbedingung ist. Die deutschen Hochschulen stehen in erster Linie Studierenden deutscher Abstammung und deutscher Muttersprache offen. Die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Erforscher und Lehrer muß gewährleistet bleiben, eine ausreichende wirtschaftliche Sicherstellung für alle Diener der Wissenschaft und soziale Fürsorge für die Studenten durchgeführt werden. Der innere Aufbau der Hochschulen ist unter verantwortlicher Mitarbeit der akademischen Körperschaften und Vertretungen auszugestalten.

Volkshochschulen und Hochschulkurse sind mit dem Ziel vertiefter Herzens- und Verstandesbildung auf der Grundlage deutscher Volks- und Stammesart einzurichten. Bildungs- und Unterhaltungseinrichtungen (Volksheime, Volksbüchereien, Sammlungen, Lichtbild, literarische und musikalische Darbietungen) sollen unter Verwendung öffentlicher Mittel mehr als bisher in den Dienst der Veredelung, der Erholung und Geselligkeit gestellt werden.

11. Jugendpflege.

Die Deutsche Volkspartei tritt ein für einen tatkräftigen Ausbau der Jugendpflege unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung und Stärkung der deutschen Volkskraft. Alles, was zur körperlichen, geistigen und sittlichen Ertüchtigung der Jugend dient, ist nachdrücklich zu fördern. Die gesetzlichen Fürsorgemaßnahmen und die private Wohltätigkeit für die Jugend sind insbesondere durch gesetzliche Einführung von Jugendämtern auszubauen und miteinander zu verbinden.

12. Religion und Kirche.

Die Deutsche Volkspartei verlangt Gewissensfreiheit und Selbstverantwortlichkeit in allen religiösen und kirchlichen Angelegenheiten. Sie sieht im Christentum einen Grundpfeiler deutscher Kultur und deutschen Volkslebens. Sie erstrebt eine verständnisvolle Zusammenarbeit der Religionsgemeinschaften mit dem Staate im Dienste der Volkserziehung sowie die Milderung der konfessionellen Gegensätze durch gegenseitiges Verständnis und einträchtiges Zusammenarbeiten im öffentlichen Leben.

Die Deutsche Volkspartei tritt ein für volle Freiheit und Selbstverwaltung aller religiösen Gemeinschaften. Die Kirchen sollen frei von staatlicher Bevormundung ihre bisherige Stellung als Körperschaften des öffentlichen Rechts, einschließlich des Rechts zur Besteuerung ihrer Mitglieder, behalten. Anderen Religionsgemeinschaften ist die Möglichkeit zu verschaffen, durch staatliche Anerkennung dieselben Rechte zu erwerben.

Die Verpflichtungen des Staates sollen durch Gesetz in einer den Lebensbedingungen der Kirche entsprechenden Form allmählich abgelöst werden. Für den Fortbestand der theologischen Fakultäten, der Seelsorge in Heer und Marine, in öffentlichen Krankenhäusern und Gefängnissen sind auch ferner staatliche Mittel bereitzustellen.

13. Kunst, Literatur und Presse.

Die Deutsche Volkspartei erkennt an, daß allen in der Kunst und Literatur um Geltung ringenden Strömungen das Recht auf freie Entfaltung zukommt; ihre besondere Förderung wird sie aber denjenigen Bestrebungen widmen, die deutsches Wesen und deutsches Empfinden künstlerisch darstellen wollen. Die Kunststätten und künstlerischen Bestrebungen in den mittleren und kleineren Orten sind besonders zu pflegen.

Die Freiheit der Presse ist zu gewährleisten, Schmutz in Wort und Bild aber zu unterdrücken und durch Pflege guter Kunst und Literatur zu verdrängen. Die Presse ist als berufene Vertreterin öffentlicher Interessen anzuerkennen; der Bürger ist vor ungerechtfertigten Angriffen der Presse gegen sein privates Leben und seine privaten Interessen zu schützen. Der Zeugniszwang gegen die Presse ist zu beseitigen.

II. Von der Volkswirtschaft.

14. Wirtschaftsordnung.

Die Deutsche Volkspartei fordert für jeden Staatsbürger das Recht der freien Entfaltung seiner Kräfte. Das Streben nach Gewinn muß aber bei dem einzelnen seine sittlichen Schranken finden in der Rücksichtnahme auf das Wohl und die Bedürfnisse der übrigen Volksgenossen.

Die Deutsche Volkspartei hält fest an dem Recht auf Privateigentum und dem gesetzlichen Erbrecht der engeren Familie. Der Besitz ist als anvertrautes Gut zu behandeln, das zu fruchtbarem Schaffen verpflichtet; dies gilt in erhöhtem Maße vom ererbten Gute.

Bei der Ueberführung von wirtschaftlichen Unternehmungen in die öffentliche Hand, die nur gegen Entschädigung erfolgen darf, wird die Deutsche Volkspartei unter der Voraussetzung mitwirken, daß wesentliche Vorteile für die Allgemeinheit dauernd gewährleistet sind. Im allgemeinen wird eine Beteiligung des Staates an freien Betrieben den Vorzug verdienen.

Dem Genossenschaftswesen in Stadt und Land wird die Deutsche Volkspartei sachgemäße Förderung zuteil werden lassen.

15. Arbeitsgemeinschaft.

Die Deutsche Volkspartei sieht die Lösung der sozialen Frage nicht in äußeren Formen des Wirtschaftslebens, die mit erhöhtem Zwang nur seine Leistungsfähigkeit mindern, sondern in der innerlichen Gleichberechtigung aller Volksgenossen und der sittlichen Ueberwindung aller Gegensätze zwischen den verschiedenen Bevölkerungskreisen, zwischen Stadt und Land, Unternehmern und Mitarbeitern. Eine Sozialisierung der deutschen Wirtschaft verwirft sie; der Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Forderungen der einzelnen Berufsgruppen ist auf dem Wege gütlicher oder schiedsgerichtlicher Einigung herbeizuführen.

Der Glaube, daß eine Volksklasse nur für die andere arbeite, muß nicht nur wie bisher durch soziale Fürsorge, sondern vor allem durch ein enges Zusammenwirken zwischen dem Arbeitgeber und seinen Werksangehörigen widerlegt werden. Freigewählte Vertrauensleute der Arbeiter und Angestellten sollen nach Maßgabe der Gesetze und allgemeinen Vereinbarungen gemeinsam mit dem Unternehmer die den Arbeitsdienst und die Arbeiterwohlfahrt betreffenden Fragen lösen. Die geschäftliche und technische Leitung der Betriebe bleibt der Verantwortlichkeit der Unternehmer überlassen.

Dem berechtigten Verlangen der Arbeiter und Angestellten, verantwortlich an der Regelung der Wirtschafts- und Sozialpolitik mitzuwirken, ist Rechnung zu tragen. Dieses Ziel will die Deutsche Volkspartei durch eine von den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragene Arbeitsgemeinschaft erreichen.

In freier und unbefangener Gemeinschaftsarbeit soll sich so auf dem Boden der Gleichberechtigung zwischen den Arbeitnehmern und ihren Mitarbeitern eine berufsständige Vertretung aller schaffenden Arbeit bis hinauf zum Reichswirtschaftsamt aufbauen.

16. Angestellte und Arbeiter.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Angestellten und Arbeiter müssen durch verständnisvolles Zusammenwirken aller Beteiligten neugestaltet werden. Hierbei ist auf freie verantwortliche Betätigung der einzelnen und auf Würdigung der Persönlichkeit nach ihrem besonderen Wert und ihren Leistungen hinzuwirken.

Die Deutsche Volkspartei tritt ein für gesetzliche Gewährleistung des Koalitionsrechtes und der Koalitionsfreiheit, insbesondere für Schutz der gewerkschaftlichen und politischen Ueberzeugung des einzelnen Arbeitnehmers sowie für Anerkennung der Berufsverbände, für Schaffung eines zeitgemäßen Arbeiter- und Staatsarbeiterrechtes und den Ausbau des Angestelltenrechtes unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der einzelnen Angestelltengruppen. Den besonderen Verhältnissen der Landarbeiter, Handwerksgehilfen und Hausangestellten ist Rechnung zu tragen.

Die Deutsche Volkspartei fordert Erweiterung der sozialen Fürsorge auf allen Gebieten. Internationale Durchführung der sozialen Versicherungs- und Schutzgesetze ist daher ein dringendes Erfordernis.

17. Freie Berufe.

Die Deutsche Volkspartei tritt für Erhaltung und Schutz der freien Berufe (Aerzte, Apotheker, Anwälte, Techniker, Schriftsteller usw.) ein. Sie verwirft eine Sozialisierung dieser Berufe und eine Bestellung ihrer Angehörigen zu Beamten. Die wirtschaftlichen Bestrebungen der Berufsverbände sollen staatliche Förderung finden. Das Recht am geistigen Eigentum ist zu erweitern.

18. Landwirtschaft.

In einer blühenden Landwirtschaft und einem kräftigen selbstbewußten Bauernstand sieht die Deutsche Volkspartei die wichtigste Grundlage deutscher Volkskraft. Durch planmäßige Pflege aller Zweige der Landwirtschaft ist die Hebung der Erzeugung und damit die Unabhängigkeit unserer Volksernährung vom Auslande anzustreben. Die Viehzucht bedarf ganz besonderer Förderung. Die restlose Ausnützung aller zur Fischzucht geeigneten Gewässer ist geboten. Durch die Wirkungen des Weltmarktes darf die deutsche Landwirtschaft in ihrem Bestande nicht gefährdet werden; nötigenfalls ist sie durch Schutzzölle zu sichern.

Durch eine großzügige Innensiedlung ist eine gesunde Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbesitz unter Vermehrung der selbständigen Bauernstellen und der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe zu erstreben. Der Aufstieg zu wirtschaftlicher Selbständigkeit ist, namentlich bei den Landarbeitern, planmäßig zu fördern. Die Zusammenlegung zersplitterten Besitzes und die Durchführung von Bodenverbesserungen ist erheblich zu erleichtern.

Die landwirtschaftlichen Fideikommisse in der seitherigen Form und Ausdehnung müssen wegfallen. Häufung von Gütern und Pachtungen in einer Hand ist zu verwerfen.

Das Handwerk auf dem Lande ist zu neuer Blüte zu erwecken, das Verkehrswesen auszubauen. Das Schulwesen auf dem Lande muß nachdrücklichst gehoben werden. Landwirtschaftliche Fachschulen dürfen nirgends fehlen. Versuchs- und Musterwirtschaften sollen die kleineren und mittleren Besitzer zu gesteigerten Leistungen ermuntern und Berufsfreude und Berufsstolz in ihnen erhöhen.

Die hohe Bedeutung der Landfrau innerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes, bei dem Ausgleich sozialer Gegensätze im Dorfe und in der Förderung ländlicher Kultur ist vollauf zu werten.

Zur Wiederbevölkerung des Landes ist das Landleben nicht nur an Bildungsmöglichkeiten, sondern auch an würdiger Unterhaltung reicher auszugestalten. Das Dorf muß ein Kulturmittelpunkt werden. Durch soziale Hebung der ländlichen Unterschichten ist ein Rückstrom der vom Lande stammenden städtischen Bevölkerung mit allen Mitteln zu fördern.

Volksfremde Arbeitskräfte sind so bald als möglich durch einheimische zu ersetzen.

19. Industrie.

Um dem deutschen Volke Unterhalt zu schaffen, bedarf es des erneuten Aufschwungs der Industrie. Was von Staats wegen zu ihrer Förderung geschehen kann, insbesondere durch wissenschaftliche Forschungs- und Bildungsgelegenheiten, Ausgestaltung der gewerblichen Schutzrechte (Patente usw.), gesetzliche und verwaltungsmäßige Erleichterung der Begründung und Führung industrieller Betriebe (Konzessionsverfahren, Wasserrecht, Elektrizitätsrecht, Gestaltung der Verkehrsgebühren usw.) wird die Unterstützung der Deutschen Volkspartei finden.

Die Wirtschafts-, Handels- und Zollpolitik muß auf die Lebensnotwendigkeiten und die gesunde Entwicklung der Industrie sorgfältige Rücksicht nehmen. Eine gut gelohnte, geistig hochstehende Arbeiterschaft wird die wertvollste Mithelferin der Industrie sein.

20. Handwerk, Kleinhandel und Gewerbe.

Die Deutsche Volkspartei würdigt den bedeutsamen nationalen und wirtschaftlichen Wert mittelständischer Selbständigkeit und sieht im selbständigen Handwerk, Kleinhandel und Gewerbe dringend erhaltenswerte, der Landwirtschaft, der Industrie und dem Großhandel gleichberechtigte Erwerbsstände, deren Lebensfähigkeit zu sichern und zu fördern ist. Sie erblickt daher eine ihrer vornehmsten Aufgaben darin, die Wiederaufrichtung des gewerblichen Mittelstandes in Stadt und Land mit allen Kräften zu betreiben.

Die berufsständischen Verbände sind bei der Lösung aller den gewerblichen Mittelstand betreffenden Fragen heranzuziehen und in den Reichswirtschaftsrat einzugliedern.

Durch Vermittlung der Berufsverbände und Genossenschaften sind den Mittelstandsbetrieben Waren und Rohstoffe in ausreichendem Maße zuzuführen und ihnen der erforderliche Kredit unter günstigen Zins- und Rückzahlungsbedingungen zu verschaffen.

Reich, Staat und Gemeinden sollen durch schleunige Vergebung aller notwendigen Arbeiten Arbeitsgelegenheit schaffen. Dabei muß den Mißständen des Verdingungswesens ein Ende bereitet werden durch Vergebung aller öffentlichen Arbeiten nur zu angemessenen Preisen, die im Einvernehmen mit den Berufsverbänden festzulegen sind.

Die Kommunalisierung mittelständischer Betriebe lehnt die Deutsche Volkspartei ab. Eine Bevorzugung der Konsumvereine und anderer Wirtschaftsgemeinschaften zuungunsten des gewerblichen Mittelstandes hat zu unterbleiben.

Die berufliche und wirtschaftliche Ausbildung der Handwerker und Gewerbetreibenden ist zu fördern. An der Werkstattlehre ist festzuhalten. Der Lehr- und Stundenplan der Fachschulen ist unter Mitwirkung der Berufsverbände aufzustellen.

21. Handel und Schiffahrt; Kolonien.

In Anerkennung der hohen Bedeutung des Bank- und Versicherungswesens, des Handels und der Schiffahrt für unsere gesamte Volkswirtschaft wird die Deutsche Volkspartei ihnen mit allen Mitteln behilflich sein, die frühere Weltgeltung wieder zu erringen. Lästige Fesseln müssen ihnen ferngehalten werden.

Den Wiederaufbau der Handelsflotte hat das Reich mit Nachdruck zu fördern. Für die durch die Auslieferung der Handelsflotte schwer getroffene seemännische Besatzung zu sorgen, ist Ehrenpflicht des Reiches. Auch die Seefischerei bedarf seiner Unterstützung.

Die Deutsche Volkspartei wird alles daran setzen, um für Deutschland ein seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechendes Kolonialland wiederzuerlangen.

22. Verkehrswesen.

Eisenbahnen, natürliche und künstliche Wasserstraßen bilden die Grundlage einer gesunden Volkswirtschaft und damit auch eine Voraussetzung für geordnete politische Zustände.

Die Staatseisenbahnen sind auf das Reich zu überführen. Unabhängig von den Finanzen des Reichs haben sie als selbständige Körperschaft die deutsche Volkswirtschaft zu fördern. Ihre Einnahmen müssen die Verzinsung und Abschreibung der Anlagekosten ermöglichen.

Der Ausbau der deutschen Seehäfen mit Mitteln des Reiches ist erforderlich, um sie im Wettbewerb mit den ausländischen Häfen lebensfähig zu erhalten.

Auch die Förderung der Schiffahrt auf den natürlichen Wasserstraßen, der Bau und die Pflege eines ausgedehnten Kanalnetzes und der maschinelle Betrieb auf ihm muß Aufgabe des Reiches sein. Bei Ausnutzung der Wasserstraßen dürfen der privaten Unternehmungslust nur insoweit Schranken gesetzt und Lasten auferlegt werden, als dies zur Deckung der Auslagen des Reiches und zur Regelung des Verkehrs geboten ist.

23. Bodenpolitik und Wohnungswesen.

Der heimatliche Boden ist unter ein Recht zu stellen, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert, das jeden Mißbrauch ausschließt und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des einzelnen erhält, der Allgemeinheit nutzbar macht. Alle deutschen Familien, insbesondere die kinderreichen, sollen möglichst eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte erhalten.

In Stadt und Land ist eine von sozialem und technischem Verständnis geleitete Wohnungsaufsicht durchzuführen. Der Ausgleich der Gegensätze zwischen Vermieter und Mieter durch verständnisvolle Rücksichtnahme aufeinander ist anzustreben.

Der Bedarf an neuen Wohnungen ist rechtzeitig zu sichern. Hierbei muß vor allem die private Bautätigkeit gefördert werden. Reich und Staat haben durch sachgemäße Ordnung des Kreditwesens und der Bewirtschaftung der Baustoffe sowie durch Verbesserung des öffentlichen Verkehrswesens helfend einzugreifen. Baubereiter Boden ist überall dort, wo er zu angemessenen Preisen nicht zur Verfügung steht, mit Hilfe von Vorkaufs- und Enteignungsrechten zu beschaffen. Die Baupolizeivorschriften müssen von lästigen Fesseln befreit, aber von sozialem Geist getragen sein. Für Wohnbauten ist eine weiträumige, niedrige und gesunde Bauweise zu erstreben und durch Schaffung schneller Verkehrsverbindungen von den gewerblichen Mittelpunkten in ihre weitere Umgebung zu ermöglichen.

In der städtischen Bevölkerung, insbesondere in der großstädtischen Jugend muß die Liebe zum Heimatboden wieder geweckt werden. Kleingartenbau und Kleintierzucht sind zu fördern.

24. Kriegsschäden.

Weitgehende Fürsorge für alle Krieger, insbesondere für die Kriegsbeschädigten, sowie für die Hinterbliebenen unter Berücksichtigung ihrer früheren Lebenshaltung ist selbstverständliche Ehrenpflicht des Reiches.

Die Deutsche Volkspartei verlangt eine großzügige und weitherzige Fürsorge für die Bewohner des vom Feinde besetzten Gebiets und für die deutschen Rückwanderer. Sie wird für volle Schadloshaltung der Bewohner des besetzten Gebiets für die ihnen durch Maßnahmen der Feinde zugefügten Verluste eintreten.

25. Finanzen und Steuern.

Ehrlichkeit, Ordnung und Sparsamkeit müssen in den öffentlichen Haushalten wieder zur Geltung kommen. Nur so kann die Gesundung der Finanzen des Reiches wieder herbeigeführt werden. Die wirtschaftlichen Unternehmungen des Reichs, der Länder und der Kommunen müssen pfleglich und nach kaufmännischen Grundsätzen verwaltet werden. Auch Unternehmungen in öffentlicher Hand, die in erster Linie zur Förderung der Gesamtwirtschaft bestimmt sind, müssen möglichst nach dem Grundsatz der Selbstkostendeckung bewirtschaftet werden.

Einkommen und Vermögen sind nach der Leistungsfähigkeit zu den Staatslasten heranzuziehen. Das Arbeitseinkommen ist dem Einkommen aus Vermögen gegenüber zu bevorzugen. Der Familienstand ist zu berücksichtigen; die für die Volkskraft wichtigen Mittelschichten müssen vor einem Herabsinken aus ihrer sozialen Stellung bewahrt werden. Steuern auf den Verbrauch, den Aufwand und den Verkehr der breiten Massen werden nicht zu vermeiden sein. An die Stelle entfernter Verwandter soll als gesetzlicher Erbe der Staat treten. Steuerhinterziehung und Steuerflucht sind rücksichtslos zu bekämpfen.

Die Zusage an die Zeichner der Kriegsanleihen ist einzulösen. Der gewaltige Steuerbedarf des Reichs rechtfertigt es, daß das Steuersystem nach dessen Bedürfnissen ausgestaltet wird; es muß aber den Ländern und Selbstverwaltungskörpern so viel finanzielle Freiheit gelassen werden, daß diese die ihnen obliegenden Aufgaben, insbesondere wirtschaftlicher und kultureller Art, auch fernerhin erfüllen können.

Nach diesen Zielen strebt die Deutsche Volkspartei. Sie will den Sammelpunkt bilden für die weiten Kreise unseres Volkes, die entschieden national, liberal und sozial empfinden. Sie weiß, daß mit solcher Gesinnung der Weg gefunden werden wird, der aus dem Dunkel der Gegenwart wieder hinaufführt in eine lichtere Zukunft.

Bei aller Not — dennoch vorwärts!

Druck von W. Crüwell, Dortmund. 93509